

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Familienzulagen, Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Studien / Statistiken
Datum	01.01.1965 - 01.01.2023

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Bernet, Samuel
Buchwalder, Mathias
Bühlmann, Marc
Caroni, Flavia
Gsteiger, Christian
Heidelberger, Anja
Käppeli, Anita
Müller, Eva
Porcellana, Diane
Schaub, Hans-Peter
Schnyder, Sébastien

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bernet, Samuel; Buchwalder, Mathias; Bühlmann, Marc; Caroni, Flavia; Gsteiger, Christian; Heidelberger, Anja; Käppeli, Anita; Müller, Eva; Porcellana, Diane; Schaub, Hans-Peter; Schnyder, Sébastien 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Familienzulagen, Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), Studien / Statistiken, 1989 – 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Politische Grundfragen	1
Stimmung in der Bevölkerung	1
Föderativer Aufbau	5
Öffentliche Finanzen	6
Finanz- und Ausgabenordnung	6
Sozialpolitik	6
Bevölkerung und Arbeit	6
Arbeitszeit	6
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	6
Ärzte und Pflegepersonal	6
Sozialhilfe	6
Sozialversicherungen	7
Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	13
Invalidenversicherung (IV)	18
Ergänzungsleistungen (EL)	18
Berufliche Vorsorge	20
Soziale Gruppen	20
Familienpolitik	20
Alterspolitik	20

Abkürzungsverzeichnis

EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
BFS	Bundesamt für Statistik
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SNB	Schweizerische Nationalbank
ALV	Arbeitslosenversicherung
EU	Europäische Union
IV	Invalidenversicherung
EDI	Eidgenössisches Departement des Inneren
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
NFP	Nationales Forschungsprogramm
EL	Ergänzungsleistungen
EO	Erwerbsersatzordnung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
VPOD	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
GRSV	Gesamtrechnung der Sozialversicherungen
ZHAW	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
gfs.bern	Forschungsinstitut gfs.bern

DFF	Département fédéral des finances
AVS	Assurance-vieillesse et survivants
OFAS	Office fédéral des assurances sociales
OFS	Office fédéral de la statistique
OCDE	Organisation de coopération et de développement économiques
BNS	Banque nationale suisse
AC	assurance-chômage
UE	Union européenne
AI	Assurance-invalidité
DFI	Département fédéral de l'intérieur
PIB	Produit intérieur brut
EEE	l'Espace économique européen
PNR	Programme national de recherche
PC	Prestations complémentaires
APG	allocations pour perte de gain
LPP	Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité
SSP	syndicats des Services publics
CGAS	Compte global des assurances sociales
ZHAW	Haute école des sciences appliquées de Zürich
gfs.bern	Institut de recherche gfs.bern

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Politische Grundfragen

Stimmung in der Bevölkerung

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2015
MARC BÜHLMANN

Arbeitslosigkeit, Ausländer und Altersvorsorge – die drei A wurden im jährlich erhobenen **Sorgenbarometer** auch 2015 als grösste Probleme bezeichnet. Rund 1000 Befragte müssen in dieser von der Credit Suisse finanzierten und von gfs.bern durchgeführten Befragung aus 34 Antwortvorgaben jeweils die fünf wichtigsten Probleme benennen. 2015 bezeichneten 43% die Vorgabe "AusländerInnen" als wichtigstes Problem, was im Vergleich zu 2014 erneut einen Zuwachs von drei Prozentpunkten bedeutete. Auch die Thematik "Flüchtlinge/Asyl" wurde gegenüber 2014 deutlicher als Problem wahrgenommen: 35% der Befragten bezeichneten 2015 dieses Thema als Problem gegenüber 26% im Jahr 2014. Nach wie vor grosse Sorgen scheint die Altersvorsorge zu bereiten: für 38% (2014: 37%) sind Fragen zu AHV und Renten ein zentrales Problem im Jahr 2015. Auch die Arbeitslosigkeit scheint die Schweizerinnen und Schweizer – trotz eigentlich guter Konjunkturlage – zu beschäftigen. Weil die Jugendarbeitslosigkeit 2015 getrennt abgefragt wurde, ist ein Vergleich mit 2014 allerdings schwierig. 2015 bezeichneten 41% der Befragten Arbeitslosigkeit im Allgemeinen und 26% Jugendarbeitslosigkeit im Speziellen als eines der fünf drängendsten Probleme; 2014 lag der Anteil, der Erwerbslosigkeit als Problem bezeichnete, bei 51%.¹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 23.11.2017
SAMUEL BERNET

Im Dezember 2017 publizierte das Meinungsforschungsinstitut gfs.bern das jährlich von der Crédit Suisse in Auftrag gegebene **Sorgenbarometer**. Seit 2003 hatte stets die Arbeitslosigkeit als grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizern fungiert. Im Jahr 2017 löste das Thema AHV/Altersvorsorge die Arbeitslosigkeit ab, wenn auch mit weniger als einem Prozentpunkt Differenz. **44 Prozent der Befragten sahen im Berichtsjahr ihre Rente in Gefahr**. Damit verstärkte sich das Problembewusstsein für die AHV und die Altersvorsorge im Allgemeinen innerhalb eines Jahres erheblich: 2016 waren es lediglich 28 Prozent der Befragten gewesen, denen die Altersvorsorge Kummer bereitet hatte. Die Bedenken der Bevölkerung gegenüber der Altersvorsorge zeigten sich auch bei der Frage, welchem politischen Ziel die Befragten derzeit die höchste Priorität einräumen würden. 24 Prozent gaben AHV/IV an, deutlich vor Familie-Beruf (14%) und wirtschaftliches Wachstum (14%). Auch dürfte sich die Sorge um die Altersvorsorge mittelfristig auf dem erhöhten Niveau halten, denn gemäss Aussage von Lukas Golder, Co-Leiter von gfs.bern, habe das Nein des Stimmvolks zur AHV-Reform 2020 im September 2017 kaum zu einer Beruhigung beigetragen und diese Abstimmung sei erst nach der Erhebung für das Sorgenbarometer erfolgt, wie er dem Tages-Anzeiger sagte. Auch die Sorgen um die Gesundheit/Krankenkassen und um die soziale Sicherheit nahmen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu. Während im Vorjahr 21 Prozent das Thema Gesundheit/Krankenkassen zu den fünf grössten Sorgen gezählt hatten, waren es 2017 26 Prozent; bei der sozialen Sicherheit sprang der Wert innerhalb eines Jahres von 11 Prozent auf 18 Prozent. Deutlich weniger Sorgen als noch im Vorjahr bereitete das Thema Flüchtlinge und Asyl: 19 Prozent (2016: 26%) sahen das Thema als eines der fünf grössten politischen Probleme an. Die Studienleiter führten dies auf den deutlichen Rückgang der Anzahl Asylgesuche von 2015 (39'523) auf 2016 (27'207) zurück.²

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 06.12.2018
CHRISTIAN GSTEIGER

Laut dem von der Credit Suisse beim gfs.bern in Auftrag gegebenen **Sorgenbarometer** bereiteten den Schweizerinnen und Schweizern im Umfragejahr 2018 die Altersvorsorge am meisten, die Gesundheit und Krankenkassen am zweitmeisten Sorgen. Der Rentensicherung ordneten die Befragten dabei höchste politische Priorität zu, wobei hierzu die gescheiterte AHV-Reform beigetragen haben dürfte, wie im Bericht festgestellt wurde. Während zwar die Zahl der in die Schweiz geflüchteten Menschen leicht zurückgegangen sei, hätten die Kategorien «AusländerInnen» (dritter Platz) sowie «Flüchtlinge und Asyl» (vierter Platz) erstmals seit drei Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Neu fand sich im Untersuchungsjahr auch die Umweltthematik unter den Top Fünf, was laut Bericht einerseits dem trockenen und heissen Sommer, andererseits aber auch dem in den Medien sehr pr sent diskutierten Klimawandel zuzuschreiben sei.

Wohl erstaunlichstes Resultat sei jenes bezüglich der Arbeitslosigkeit. Diese, eigentlich eine Dauersorge der Schweizer Bevölkerung, gehöre erstmals seit den Neunzigerjahren nicht mehr zu den fünf dringendsten Problemen. So schätzten insgesamt 85 Prozent der Befragten ihren Arbeitsplatz als gesichert ein. Dabei fühlten sie sich auch nicht durch Entwicklungen wie der zunehmenden Digitalisierung bedroht: 75 Prozent der Umfrageteilnehmenden hielten es für unwahrscheinlich, dass sie Ihren Job an einen Roboter abtreten müssten.

Über das **Vertrauen in die Institutionen** befragt, gaben 61 Prozent an, der Regierung zu vertrauen, womit dieser Wert weit über dem OECD-Schnitt von 43 Prozent liegt. Ein noch höheres Vertrauen habe die Bevölkerung gemäss Studie aber in die Justiz: Mit 70 Prozent belegten das Bundesgericht und die Polizei auf der Rangliste gemeinsam den ersten Platz. Auf dem zweiten Platz lagen die Armee und die Nationalbank. Einen Vertrauensverlust mussten unterdessen die politischen Parteien verzeichnen: Nur noch 39 Prozent der Befragten, also 13 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, vertrauten laut der Umfrage den Parteien. In dieses «politkritische Bild» der Schweiz passe denn auch der zurückgegangene Nationalstolz: Im Erhebungsjahr gaben 79 Prozent an, stolz darauf zu sein, Schweizerin oder Schweizer zu sein, was einem Rückgang von elf Prozentpunkten gegenüber der Vorjahresumfrage entspreche.³

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 05.12.2019
CHRISTIAN GSTEIGER

Wie bereits im Vorjahr führte die Altersvorsorge die Rangliste des vom Forschungsinstitut gfs.bern erstellten **Sorgenbarometers 2019** an. Mit dieser jährlich von der Credit Suisse in Auftrag gegebenen Studie werden die Sorgen der Schweizer Bevölkerung eruiert. Insgesamt blieben die fünf grössten Sorgen im Vergleich zum Vorjahr beinahe unverändert. Eine Ausnahme bildete lediglich der fünfte Platz, welcher von der Sorge um die Arbeitslosigkeit belegt wurde, die damit wieder nach vorne in die gewohnten Topplätze gerückt war. Auf die AHV auf dem ersten folgte die Kategorie «Gesundheit, Krankenkassen» auf dem zweiten Platz, während die Sorge aufgrund von «AusländerInnen» auf dem dritten Platz landete. Einen Platz nach vorne gerückt war die Kategorie «Umweltschutz/Klimawandel/Umweltkatastrophe», die Kategorie «Flüchtlinge/Asyl» hingegen fiel auf den neunten Platz zurück. Hierbei, so eine These der Studie, sei bemerkenswert, dass gleichzeitig die Sorge um die persönliche Sicherheit (sechster Rang) um elf Prozentpunkte zugelegt habe. Das Narrativ, in welchem Flüchtlinge als «Sicherheitsbedrohung von aussen» dargestellt würden, funktioniere somit nicht mehr. Überhaupt konnte die Studie keine Gründe für die Sicherheitsbedenken ausmachen, denn etwa auch die Angst vor Terrorismus oder Fundamentalismus stieg nicht an. Der Kern dieser Sicherheitsbedenken sei noch zu klären.

Von der Politik verlangten die Schweizerinnen und Schweizer rasche Lösungen zu innenpolitischen Themen, so Lukas Golder von gfs.bern und Co-Leiter der Studie. Auf die Frage, welche Probleme am dringendsten von den Politikerinnen und Politikern angegangen werden müssten, nannten die meisten Umfrageteilnehmenden denn auch die Rentenreform, wie dies bereits im Jahr zuvor der Fall gewesen war. Neu war, dass 2019 die Umweltfragen auf dem zweiten Platz der am dringendsten zu lösenden Probleme landeten. Anscheinend waren die Befragten diesbezüglich von den Politikerinnen und Politikern enttäuscht, denn 46 Prozent gaben an, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Themen, wobei 83 Prozent anfügten, der Bundesrat müsse «seine Führungsrolle besser wahrnehmen». Noch im vergangenen Jahr lag das Vertrauen in den Bundesrat bei 61 Prozent und auch sonst war das Vertrauen in die Institutionen vergleichsweise hoch. Dies habe sich geändert: Von der EU, über die Kirchen, zu den Arbeitsvertretungen, bis hin zu den politischen Parteien wiesen viele **Institutionen einen Vertrauenseinbruch** aus, welcher nicht selten 20 Prozentpunkte betrug. Auch die Armee, im Vorjahr noch auf dem zweiten Platz, verlor in gleichem Ausmass an Vertrauen in der Bevölkerung. Bemerkenswert war hierbei, dass sich 90 Prozent der Befragten eine grössere Anerkennung von Freiwilligenarbeit wünschten, wobei sich 74 Prozent der Befragten vorstellen konnten, dass «obligatorische Dienste als Alternative zum Militärdienst» hier Abhilfe schaffen würden. Einzig die Polizei verzeichnete einen kleinen Vertrauensanstieg und belegte neu den ersten Platz – was im Hinblick auf die Sorge um die persönliche Sicherheit eine passende Entwicklung sei, wie die Studie abschliessend feststellte.⁴

Sans surprise, la **pandémie de coronavirus** et ses conséquences font une entrée fracassante **dans le baromètre des préoccupations** du Credit Suisse **2020**. Ce thème arrive en tête de l'étude réalisée par l'institut de recherche gfs.bern, qui a interrogé des citoyens et citoyennes suisses sur leurs principales préoccupations et sur les caractéristiques de l'identité du pays. C'est la première fois en 44 ans qu'une nouvelle préoccupation arrive aussi nettement en haut du classement. En effet, 51 pour cent des personnes sondées ont cité la pandémie parmi les cinq plus gros problèmes auquel la Suisse fait face. Suivent dans le classement le thème de l'AVS et de la prévoyance vieillesse (37%), qui occupait la première place depuis 2017, et l'inquiétude liée au chômage (31%), elle aussi en augmentation, sans doute en lien avec la pandémie.

Le thème de l'environnement et du climat, mentionné par 29 pour cent des personnes sondées, occupe la quatrième place. Il est néanmoins considéré comme le deuxième problème le plus urgent à résoudre, seulement précédé par la pandémie de coronavirus. Le top-5 des préoccupations des suisses et suissesses est complété par la catégorie «étrangers» avec 28 pour cent.

Si l'on met de côté la pandémie, les préoccupations de la population sont relativement similaires aux années précédentes. Certaines thématiques telle que la prévoyance vieillesse, la protection environnementale ou la question des étrangers, même si toujours considérées comme importantes, sont néanmoins devenues moins urgentes aux yeux des citoyens et citoyennes, alors que l'inquiétude face au chômage est elle revenue sur le devant de la scène, sans pour autant atteindre les niveaux records des années 90, comme le souligne Lukas Golder, le co-directeur de gfs.bern.

Parmi les autres questions posées aux personnes sondées figurait celle des éléments les plus importants de la sécurité du pays. Mises en lumière par la pandémie, les questions d'approvisionnement arrivent en tête de liste. Ce sont la sécurité de l'approvisionnement en énergie, l'approvisionnement autonome en matériel médical ainsi que la sécurité de l'approvisionnement en marchandises qui cristallisent l'attention, en adéquation avec le fait que 87 pour cent des personnes sondées se disent plutôt ou tout à fait d'accord avec la proposition de rapatrier en Suisse, avec l'aide de l'État, certains processus de production.

La confiance dans les institutions est elle en hausse par rapport à l'année précédente. La police conserve sa première place en ayant la confiance de 70 pour cent de la population, suivie par le Conseil fédéral avec 68 pour cent et un gain de 18 points de pourcentage. Le Parlement fédéral (Conseil des États: 51%, +7 pp; Conseil national: 48%, +8 pp) et l'administration publique (48%, +8 pp) progressent également. Selon Lukas Golder, cela s'explique par la bonne maîtrise de la première vague de la pandémie. Il convient cependant de relever que l'étude a été réalisée au cours de l'été, au moment où le nombre de contaminations était bas et les conséquences de la deuxième vague ne se faisaient pas encore sentir.

L'étude montre également un intérêt grandissant de la population pour les questions politiques, avec 85 pour cent des personnes sondées qui se disent très ou plutôt intéressées par la politique. Enfin, les suisses et suissesses évaluent toujours leur situation économique personnelle de manière positive, même si la part des personnes s'attendant à une dégradation de celle-ci ou s'inquiétant pour leur avenir n'a jamais été aussi grande (19%).⁵

Pour la seconde année consécutive, la pandémie de coronavirus et ses conséquences figurent en tête des préoccupations des suisses et suissesses, selon le **baromètre des préoccupations 2021 du Credit Suisse**. L'étude, réalisée par gfs.bern aux mois de juillet et d'août 2021, indique que 40 pour cent des répondant.e.s considèrent ce thème comme l'un des cinq plus gros problèmes auxquels le pays fait face. La protection de l'environnement et du climat (39%) et l'AVS/prévoyance vieillesse (39%) sont également des sujets dont la population se soucie fortement. Les relations avec l'UE (33%), l'évolution des coûts en matière de santé et d'assurances (25%), l'arrivée de forces de travail qualifiées (20%) et de réfugié.e.s (19%) suivent dans le classement. Par rapport à l'année précédente, la gestion de la pandémie, si elle demeure certes première, semble moins préoccuper la population – 51 pour cent des sondé.e.s la classait parmi les cinq problèmes les plus importants – alors que la question climatique et environnementale prend plus d'importance – de 29 à 39 pour cent –, peut-être en lien avec le rejet de la loi sur le CO2 et les catastrophes naturelles comme les inondations en Allemagne en juillet, selon le rapport. Malgré l'abandon de l'accord-cadre, les citoyennes et citoyens semblent moins inquiet.e.s de la poursuite des relations avec l'UE qu'en 2020. Enfin, les thématiques migratoires perdent de l'importance depuis quelques années, tandis que le chômage ne figure pas non plus parmi les préoccupations principales de la population.

En outre, 65 pour cent des personnes interrogées considèrent leur situation

économique comme très bonne ou plutôt bonne, et sont plutôt confiantes quant à leurs possibilités de maintenir ce niveau de prospérité. De plus, 10 pour cent des sondé.e.s s'attendent à une dégradation de leur situation économique (-9 points de pourcentage, pp, par rapport à 2020), une part qui revient ainsi au niveau d'avant la pandémie.

Après une progression en 2020, la confiance dans les institutions est en recul cette année. 63 pour cent des citoyennes et citoyens témoignent de leur confiance envers la police (-7pp) et le Conseil fédéral (-5pp). Le Tribunal fédéral jouit de la confiance de 60 pour cent de la population (-3pp), la BNS de 51 pour cent (-6pp), le Conseil des États de 42 pour cent (-9pp), tout comme le Conseil national (-6pp). Enfin, l'administration publique (39%, -9pp) et l'armée (40%, -8pp) enregistrent également un recul. Lorsqu'on leur demande leur avis sur la gestion de la crise, 57 pour cent des suisses et suissesses estiment que la Suisse a mieux géré la pandémie que les autres pays, même si 63 pour cent auraient jugé opportun que la Confédération dispose de plus de compétences par rapport aux cantons durant la période de crise.

L'étude de gfs.bern porte sur un échantillon de 1722 personnes disposant du droit de vote et issues de toute la Suisse. La marge d'erreur est de plus ou moins 2.3 points de pourcentage.⁶

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 23.11.2022
MATHIAS BUCHWALDER

L'environnement, les retraites ainsi que le thème de l'énergie: ce sont là les trois préoccupations principales de la population suisse, d'après le **baromètre des préoccupations 2022** du Credit Suisse. L'enquête a été réalisée par l'institut gfs.bern auprès de 1'774 personnes ayant le droit de vote entre juillet et août 2022.

Comme en 2021, 39 pour cent des sondé.e.s citent la protection de l'environnement, le changement climatique et les catastrophes qui en découlent parmi leurs cinq préoccupations principales, ce qui fait de l'environnement le thème le plus mentionné en 2022. L'année précédente, il n'était précédé que par la pandémie de Covid-19, qui constituait la principale préoccupation de la population autant en 2020 (51%) qu'en 2021 (40%). Signe que les heures les plus graves de la crise sanitaire semblent passées, elle n'est mentionnée que par 13 pour cent des répondant.e.s en 2022, ce qui en fait, selon le communiqué de presse, un «problème du quotidien», et non plus une préoccupation majeure. À l'inverse, l'environnement gagne en importance au fil des années: 7 pour cent le mentionnaient en 2006, et 18 pour cent en 2012. Quant au thème de la prévoyance-vieillesse et l'AVS, il figurait déjà parmi les préoccupations principales de 51 pour cent des répondant.e.s en 2006, et de 36 pour cent en 2012. En 2022, 37 pour cent des suisses et suissesses considèrent toujours qu'il s'agit là d'un des problèmes les plus importants. Ce résultat n'est pas étonnant, sachant que la réforme du système des retraites est l'un des serpents de mer de la politique suisse depuis plusieurs décennies. Il appartiendra au baromètre de 2023 de démontrer si le projet AVS-21, accepté dans les urnes par une courte majorité de la population en septembre 2022, aura calmé les inquiétudes à ce sujet. Pendant ce temps, les débats sur la réforme de la LPP continuent au Parlement. Le podium des préoccupations des suisses et suissesses est complété par la question de l'énergie, mentionnée par 25 pour cent des répondant.e.s (11% en 2006; 16% en 2012). Les incertitudes à court-terme liées à la guerre en Ukraine jouent sans aucun doute un grand rôle dans l'importance accordée à ce thème, qui n'avait jusqu'alors jamais figuré aussi haut dans le classement. Les auteur.e.s du rapport relèvent cependant que la stratégie énergétique à long-terme constitue également une crainte, s'agissant notamment des compromis qu'il faudra probablement accepter «dans les domaines de l'environnement, de la protection du paysage ou de technologies telles que le nucléaire». Outre l'énergie, la guerre en Ukraine a des implications sur d'autres thématiques. Ainsi, 20 pour cent des personnes interrogées mentionnent le conflit en tant que tel parmi leurs préoccupations principales (8e rang dans le classement), et 21 pour cent s'inquiètent de la sécurité de l'approvisionnement (énergie, mais aussi médicaments et sécurité alimentaire, 7e rang du classement). Enfin, l'inflation, mentionnée par 24% des sondé.e.s, figure en cinquième position et fait son retour après plusieurs années d'absence, tandis que le système de santé, un thème récurrent, figure cette année au sixième rang (24%). Les thématiques relevant de la migration ferment le «top ten» des préoccupations de la population, mentionnées par 19 (pour la catégorie «étrangers / immigration / libre circulation des personnes») et 16 pour cent (pour la catégorie «réfugiés / demandeurs d'asile»). Malgré la forte pression migratoire en 2022, l'importance accordée à ces thématiques reste loin de celle d'il y a quelques années.

Dernier thème du top 10 à ne pas avoir été évoqué, la politique européenne est mentionnée par 25 pour cent des participant.e.s au sondage, ce qui la classe au quatrième rang des préoccupations principales. La population est partagée quant à la politique européenne menée par la Suisse. En effet, la décision prise par le Conseil

fédéral de rompre les négociations pour un accord-cadre institutionnel en mai 2021 est saluée par 49 pour cent des répondant.e.s (-2 points de pourcentage (pp) par rapport à 2021), alors que 42 pour cent (+2pp) la regrette. Pour l'avenir, différentes solutions sont plébiscitées parmi les sondé.e.s: la reprise des négociations pour un accord-cadre recueille le plus de soutien, à égalité avec le développement des accords bilatéraux. Parmi les autres possibilités évoquées, l'entrée dans l'Espace économique européen (EEE) bénéficie d'un regain de support, trente ans après le refus de cette proposition dans les urnes. 76 pour cent des participant.e.s à l'étude trouvent qu'il est important que la Suisse entretienne des relations stables avec l'UE. Pour la majorité, la responsabilité du développement des relations Suisse-UE incombe au Conseil fédéral. D'un point de vue économique, 19 pour cent (+9pp) des citoyennes et citoyens craignent que leur situation personnelle ne se détériore à l'avenir, le taux le plus élevé depuis que cette question est posée. En revanche, 65 pour cent qualifient leur situation économique actuelle de bonne ou très bonne, comme l'année passée, et 6 pour cent la considère comme mauvaise ou très mauvaise. En outre, 92 pour cent des personnes interrogées trouvent que l'économie suisse va plutôt bien, voire très bien, en comparaison avec les autres pays.

Enfin, la confiance dans les institutions demeure stable, à un niveau relativement élevé: le Conseil fédéral, la police et le Tribunal fédéral bénéficient de la confiance de plus de deux tiers de la population. La confiance accordée au Parlement, à la BNS et aux partis politiques est moindre, mais connaît une légère amélioration, alors que la confiance dans l'armée, en raison probablement du contexte géopolitique, bondit de 8pp pour atteindre 48%.

À moins d'une année des prochaines élections fédérales, les tendances mises en avant par la 46^{ème} édition du baromètre des préoccupations sont susceptibles de donner des idées aux partis politiques. Sachant que les élections fédérales de 2019 ont été marquées par la question climatique et celles de 2015 par la crise migratoire, sur quels thèmes faudra-t-il capitaliser en 2023 pour engranger des voix?⁷

Föderativer Aufbau

Föderativer Aufbau

Immer wieder tut sich bei Volksabstimmungen in der Schweiz ein **Röstigraben** auf, indem die Romandie und die Deutschschweiz deutlich unterschiedlich abstimmen. Auch 2022 gab es wieder zwei ausgeprägte Beispiele für dieses Phänomen: Sowohl beim Ja zur AHV-21-Reform als auch beim Nein zum Medienpaket wurde die Romandie von einer Mehrheit der Deutschschweiz überstimmt. Der AHV-Entscheid war aus Sicht der frankophonen Gegnerschaft auch deshalb besonders bitter, weil schon eine leicht höhere Stimmbeteiligung in den französischsprachigen Kantonen wohl gereicht hätte, um das knappe Ja gesamtschweizerisch in ein knappes Nein zu verwandeln. Die NZZ schrieb nach der AHV-Abstimmung deshalb von einer «gespaltenen Schweiz», und die Ständerätin Elisabeth Baume-Schneider (JU, sp) – als Romande, Linke und Frau Teil von gleich drei überstimmt Gruppen – befand, solche Abstimmungsgräben seien für den Zusammenhalt der Willensnation Schweiz «nicht die beste aller Nachrichten».

Zwei im Berichtsjahr erschienene **Studien**, die den Röstigraben bei Volksabstimmungen auf lange Sicht untersuchten (Mueller und Heidelberger 2022; Jaquet und Sciarini 2022), gaben indessen eher Anlass zu Gelassenheit: Zwar werden die Kantone der sprachlichen Minderheiten in der Tat öfter überstimmt, allerdings gehören auch sie noch in über drei Vierteln aller Abstimmungen zu den Gewinnerkantonen. Die ausgeprägt konservativen Deutschschweizer Kantone Schwyz und Appenzell Innerrhoden standen zudem ähnlich häufig auf der Verliererseite wie die ausgeprägt progressiven Kantone der Romandie. Stimmt alle Kantone der Romandie geeint ab (wie es beim AHV-21-Gesetz der Fall war, nicht aber beim Medienpaket und der AHV-Zusatzfinanzierung), so blieben sie gesamtschweizerisch nur selten in der Minderheit, nämlich in weniger als vier Prozent der Urnengänge. Zu einem «perfekten» Röstigraben, bei dem sämtliche mehrheitlich französischsprachigen Kantone auf der einen und sämtliche Deutschschweizer Kantone auf der anderen Seite standen, kam es bisher sogar nicht einmal in jeder hundertsten Volksabstimmung. Die Sprachgemeinschaften stehen sich an der Urne also nur sehr selten als homogene Blöcke gegenüber. Nicht zuletzt bestätigt die Untersuchung von Mueller und Heidelberger (2022) schliesslich frühere Forschungsergebnisse, wonach der abstimmungspolitische Röstigraben mittlerweile weniger ausgeprägt ist als noch vor einigen Jahrzehnten.⁸

Öffentliche Finanzen

Finanz- und Ausgabenordnung

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 10.07.1996
EVA MÜLLER

1995 richtete der Bund **Subventionen von knapp CHF 23 Mrd.** aus, das sind CHF 780 Mio. oder 3,5% mehr als im Vorjahr. Die Bundesbeiträge machten 1995 57% (1994: 52%) der gesamten Bundesaussgaben aus. Die Reihenfolge blieb unverändert: Mit 42% flossen die meisten Beiträge in den Bereich der Sozialen Wohlfahrt, wo vor allem die Mehrausgaben für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (+400 Mio.) sowie die Leistungen des Bundes an die AHV (+188 Mio.) und IV (108 Mio.) ins Gewicht fielen. Bei den zweit- und drittgrössten Subventionsposten, dem Verkehr (25%) und der Landwirtschaft (14%), blieb die Summe praktisch konstant. Bei den Bundesbeiträgen 1995 handelte es sich wertmässig zu 64% um Finanzhilfen (Förderungs- und Erhaltungssubventionen) und zu 36% um Abgeltungen (Entgelte für im Bundesinteresse erbrachte Leistungen). Gute 36% flossen an Sozialversicherungen, 33% an Kantone und Gemeinden, 9% an private Haushalte und Institutionen, 10% kamen bundeseigenen Unternehmungen zugute und 7% gingen ans Ausland und an internationale Organisationen.⁹

Sozialpolitik

Bevölkerung und Arbeit

Arbeitszeit

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 21.02.2020
DIANE PORCELLANA

Dans son message sur la réforme de l'AVS 21, le Conseil fédéral proposait d'instaurer une retraite à la «carte» entre 62 et 70 ans pour maintenir les personnes âgées sur le marché du travail. D'après l'étude menée par l'Université des sciences appliquées de Zürich (ZHAW), **flexibiliser la retraite n'allonge pas la durée de la vie active**. Les chercheurs ont analysé les modalités de départ à la retraite dans quatre pays ayant introduit des systèmes de retraite flexibles – la Suède, le Danemark, le Chili et les Etats-Unis. Sur les 2'500 personnes interrogées, les deux-tiers avaient pris leur retraite au milieu de la soixantaine ou avant. Les actifs ont tendance à repousser leur départ à la retraite, dans les pays où les prestations de retraite sont faibles.¹⁰

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Ärzte und Pflegepersonal

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 16.09.1993
MARIANNE BENTELI

Das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) publizierte die **erste gesamtschweizerische Spitex-Statistik**. Danach bezahlte die AHV 1992 im Rahmen der offenen Altershilfe fast CHF 100 Mio. an rund 1000 verschiedene Spitex-Organisationen in der Schweiz. Seit 1990 sind die Ausgaben der AHV für Spitex beträchtlich gestiegen: 1990/1991 um 58 Prozent und 1991/1992 um 16 Prozent. An der Statistik fiel auf, dass das Netz der beitragsberechtigten Spitex-Organisationen in der Deutschschweiz im Vergleich zur Romandie und zum Tessin dichter ist.¹¹

Sozialhilfe

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 28.06.2000
MARIANNE BENTELI

In einer Studie des BFS wurden die Wirkungen und der **Umverteilungseffekt** einzelner **Leistungen des Sozialstaates** durchleuchtet. Die Studie brachte zum Ausdruck, dass die Transfers in der Schweiz für die Einkommenssicherung in Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen von grosser Bedeutung sind. Transfereinkommen machen in Haushalten aus der untersten Einkommensgruppe fast ein Drittel des Gesamteinkommens aus. Bei einkommensmässig schlecht gestellten Rentnern kommt der AHV und den Ergänzungsleistungen eine existenzsichernde Funktion zu, während die berufliche Vorsorge für Arbeitnehmende in den tiefsten Lohnsegmenten kaum ins Gewicht fällt. Für Alleinerziehende, Erwerbslose nach der Aussteuerung und Geschiedene ist hingegen die Sozialhilfe zentral. (Für eine ähnliche von der OECD im Vorjahr veröffentlichten Studie siehe hier)¹²

Sozialversicherungen

Sozialversicherungen

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 24.02.1990
MARIANNE BENTELI

Gemäss den Ergebnissen einer **Univox-Umfrage**, scheint die Stimmung für das Anliegen der Initianten nicht ungünstig zu sein. So sprachen sich rund zwei Drittel der Befragten **für einen AHV-Ausbau** aus und nur gerade ein knappes Viertel dagegen. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Lebensstandard, Sprachregion, Parteisympathie oder Wohngegend waren sich praktisch alle Befragten darin einig, dass die AHV-Renten nicht existenzsichernd sind.¹³

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.1993
MARIANNE BENTELI

Nach jahrelangem Höhenflug verzeichneten die **schweizerischen Sozialwerke erstmals einen nur noch geringfügigen Einnahmenüberschuss**. Rezessionsbedingt stiegen die Einnahmen von AHV, IV und EO lediglich noch um 3,5%, die Ausgaben hingegen um 9,2%. Beim Ausgleichsfonds beliefen sich die gesamten Einnahmen der drei staatlichen Sozialwerke auf 30,7 Mia. Fr., die Ausgaben auf 29,9 Mia. Fr. Bemerkbar machte sich dabei die generelle Rentenerhöhung um 4,4% sowie die vorgezogenen Leistungsverbesserungen der 10. AHV-Revision. Die Wirtschaftsflaute führte zu stagnierenden Lohnbeiträgen bei gleichzeitig höheren IV-Leistungen.¹⁴

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.1993
MARIANNE BENTELI

Eine **NFP-Studie** rechnete aus, dass – wenn die Entwicklung linear weitergeht – in vierzig Jahren jeder dritte Franken, der in der Schweiz erarbeitet wird, in die **soziale Sicherheit** fliessen wird. 1989 beanspruchte dieser Bereich 25,7% des Bruttoinlandproduktes (BIP). 1994 wird dieser Anteil bei Ausgaben von rund 100 Mia. Fr. bereits 28,3% ausmachen, wozu auch der starke Anstieg der Auslagen für die Arbeitslosenversicherung massgeblich beiträgt. Zu starken Kostenschüben wird die zunehmende Überalterung der Gesellschaft vor allem in der AHV führen, wo zwischen 2004 und 2032 die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge ins Rentenalter kommen.¹⁵

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.1995
MARIANNE BENTELI

Die **Sozialwerke AHV/IV und EO** rutschten erstmals seit 16 Jahren in die **roten Zahlen**. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf rund 31'855 Mio. Fr. (+2,9% gegenüber dem Vorjahr), die Ausgaben auf ca. 31'950 Mio. Fr. (+4,5%), was zu einem Defizit von 95 Mio. Fr. führte. Der Ausgleichsfonds der AHV nannte als Grund für das Ungleichgewicht, das allein von der IV verursacht wurde, vorab die schwache Wirtschaftslage.

Die Erträge der AHV nahmen um 2,4% auf 24,5 Mia. Fr. zu, wobei sich die Beiträge von Versicherten und Arbeitgebern um 1,8% bzw. 340 Mio. Fr. erhöhten. In der IV stiegen die Einnahmen wegen höherer Beitragssätze um 12,3% auf 6,4 Mia. Fr. Da im Gegenzug der Beitragssatz für die EO gesenkt wurde, führte dies dort zu Mindereinnahmen um 32% auf 860 Mio. Fr. Die Bundesbeiträge an die AHV und IV sanken auch 1995 linear um fünf Prozent. Laut Ausgleichsfonds hatte dies bei der AHV 215 Mio. Fr. und bei der IV 130 Mio. Fr. Mindereinnahmen zur Folge. Die Zinseinnahmen stiegen auf 1,2 Mia. Fr. Die Ausgaben der AHV nahmen wegen des höheren Rentnerbestandes und der Rentenanpassung um 4,9% auf 24,5 Mia. Fr. zu. In der IV erhöhten sich die Ausgaben aus den gleichen Gründen um 6,7% auf 6,8 Mia. Fr. Die EO-Ausgaben konnten dank den reduzierten Diensttagen auf 621 Mio. Fr. gesenkt werden. Ende Jahr betrug das Vermögen der drei Sozialwerke rund 27 Mia. Fr. Das Kapitalkonto der AHV wuchs lediglich noch um 9 Mio. Fr. auf 23'836 Mio. Fr. Dies entspricht 97,3% der laufenden Jahresausgabe. Laut AHV-Gesetz darf das AHV-Vermögen in der Regel nicht unter 100% einer Jahresausgabe sinken.¹⁶

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 01.11.1996
MARIANNE BENTELI

Erstmals wurde eine **globale Umverteilungsrechnung für das System der sozialen Sicherheit und Gesundheit** erstellt. Die **Studie** kam zum Schluss, dass 1994 Transfers in der Höhe von 29 Mia. Fr. von der aktiven Bevölkerung zu den Rentnern sowie 4 Mia. Fr. zu den Kindern und Jugendlichen erfolgten. Eine Betrachtung der Umverteilung zwischen Generationen in der AHV zeigte, dass vor allem die Eintrittsgeneration, welche keine oder im Vergleich zu den späteren Versicherten nur geringe Beiträge eingezahlt hat, einen hohen Gewinn ausweist. Aber auch für die mittlere Generation ist die AHV kein Verlustgeschäft, da sich für sie immerhin noch eine reale Kapitalrendite von 1,6% ergibt. Die Umverteilung zwischen den Geschlechtern betrug 1994 rund 16 Mia. Fr. zugunsten der Frauen. Dieser Betrag resultiert im wesentlichen aus dem Umstand, dass die Haushalts- und Erziehungsarbeit der Frauen nicht monetär entschädigt wird und

somit darauf keine Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden. Zudem haben Frauen eine höhere Lebenserwartung als Männer und nehmen somit auch länger Leistungen aus den Sozialversicherungen in Anspruch. In einem alternativen Szenario wurde deshalb die Frauenarbeit der Erwerbstätigkeit gleichgesetzt. Dieses Szenario zeigte eine wesentlich geringere Umverteilung von den Männern zu den Frauen auf.¹⁷

STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 31.12.1997
MARIANNE BENTELI

Die **finanzielle Situation** der AHV und der Invalidenversicherung (IV) **verschlechterte sich im Berichtsjahr weiter**. Insbesondere die 10. AHV-Revision und die Anpassung der Renten an die Teuerung führten zu **hohen Mehraufwendungen**. Demgegenüber stiegen die Beitragszahlungen der Versicherten rezessionsbedingt nur ganz schwach an. Die drei Sozialwerke AHV, IV und Erwerbsersatzordnung (EO) erzielten einen Fehlbetrag von 812 Mio. Fr. Ohne den Überschuss der EO von 386 Mio. Fr. hätte das Defizit sogar 1198 Mio. Fr. betragen. Das Gesamtvermögen der drei Sozialwerke belief sich Ende Jahr auf 26'033 Mio. Fr.¹⁸

STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 31.12.1998
MARIANNE BENTELI

Das Defizit der drei staatlichen Sozialwerke AHV, IV und EO fiel um gut eine Milliarde Franken höher aus als im Vorjahr, allerdings etwas **niedriger als im voraus befürchtet**. Die AHV allein lag Ende 1998 mit 1,4 Mia. Fr. im Minus. Bei der IV gab es einen Fehlbetrag von 696 Mio. Fr. Nur die EO erzielte 251 Mio. Fr. Überschuss. Mit dem erneut eingefahrenen Defizit sank das AHV-Vermögen auf 24,2 Mia. Fr., was 82% einer Jahresausgabe entspricht.¹⁹

STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 01.01.2000
MARIANNE BENTELI

Gemäss OECD und Weltbank ist die **Schweiz** mit dem heutigen Konzept von obligatorischer Vorsorge in Verbindung mit freiwilliger privater Ersparnisbildung sowie mit den bereits getroffenen Vorkehrungen zu deren Absicherung **gut gerüstet**, um den Herausforderungen der demographischen Alterung der Gesellschaft zu begegnen. Insbesondere die Mischfinanzierung der Alterssicherung (Umlageverfahren in der AHV / Kapitaldeckungsverfahren in der beruflichen Vorsorge), gepaart mit dem Instrument der Ergänzungsleistungen, bildet nach Ansicht der beiden Wirtschaftsorganisationen ein geradezu ideales Modell zur Bekämpfung der Altersarmut, ohne dass dabei der Generationenvertrag und die öffentliche Hand über Gebühr belastet werden.²⁰

STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 02.02.2000
MARIANNE BENTELI

In seiner Botschaft zur 11. AHV-Revision präsentierte der Bundesrat die **Perspektiven der Sozialversicherungen bis ins Jahr 2025**. Der Bedarf aller Sozialwerke, auch jener, die nicht zumindest teilweise über Bundesmittel finanziert werden, steigt von heute CHF 83 Mrd. pro Jahr auf CHF 129 Mrd. Knapp die Hälfte davon kann durch das Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen Mehreinnahmen aufgefangen werden. Es bleibt aber ein **Zusatzbedarf von CHF 26 Mrd.**, was 8,9 Mehrwertsteuerprozentpunkten entspricht. Allein die AHV wird 2025 fast doppelt so viel kosten wie heute; ihr Mehrbedarf steigt bis 2010 um 1,2 Mehrwertsteuer-Äquivalente, und zwischen 2010 und 2025, wenn die „Babyboom-Generation“ ins Rentenalter kommt, um weitere 3,1%. Neben der AHV tragen vor allem die Gesundheitskosten zum steigenden Finanzierungsbedarf bei. Der Bundesrat geht davon aus, dass sie bis 2003 2% pro Jahr zunehmen werden. Danach prognostiziert er eine jährliche Erhöhung um 1,2% bis 2010 und anschliessend um 0,5%. An einer Medienkonferenz machte BSV-Direktor Piller klar, dass die Zukunft des Sozialstaates nicht von den publizierten Zahlen abhängt, sondern von politischen Entscheiden.²¹

STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 31.12.2000
MARIANNE BENTELI

Bei Erträgen von insgesamt CHF 37,561 Mrd. und Aufwendungen von CHF 37,120 Mrd. schloss die **Rechnung von AHV/IV und EO** für das Jahr **2000** mit einem Überschuss von CHF 441 Mio. ab. Das Budget hatte einen Fehlbetrag von CHF 1,15 Mrd. ausgewiesen; im Vorjahr hatte das Defizit CHF 766 Mio. betragen. Die Einnahmen der AHV wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 5,8% auf CHF 28,79 Mrd., die Ausgaben beliefen sich auf CHF 27,72 Mrd. Daraus resultierte ein Überschuss von CHF 1,07 Mrd. Im Vorjahr hatte die AHV noch ein Defizit von CHF 179 Mio. hinnehmen müssen. Das gute Ergebnis wurde der positiven wirtschaftlichen Entwicklung zugeschrieben, die sowohl bei den Beiträgen wie bei den Erträgen aus der Mehrwertsteuer (CHF 1,836 Mrd.) zu in diesem Ausmass nicht erwarteten Mehreinnahmen führte. Mit CHF 22,72 Mrd. entsprach das Vermögen der AHV 82% einer Jahresausgabe (1999: 79%). Die IV blieb demgegenüber auch im Jahr 2000 defizitär. Ihr Fehlbetrag erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr gar von CHF 799

Mio. auf CHF 820 Mio.. Die Gesamtschuld der IV beträgt CHF 2,305 Mrd..²²

STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 31.12.2001
MARIANNE BENTELI

Die **Rechnung der drei Sozialwerke AHV, IV und EO** verzeichnete 2001 bei Erträgen von CHF 38'891 Mio. und Aufwendungen von CHF 39'240 Mio. ein Defizit von CHF 349 Mio.; im Vorjahr war ein Überschuss von CHF 441 Mio. resultiert. Die gesamten Einnahmen der AHV stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,9% auf CHF 29'620 Mio., was erneut zu grossen Teilen der positiven konjunkturellen Entwicklung zugeschrieben wurde. Diesen Einnahmen standen Ausgaben von CHF 29'081 Mio. gegenüber, so dass die AHV-Rechnung mit einem Überschuss von CHF 538 Mio. abschloss (Vorjahr CHF 1'070 Mio.). Das Kapital der AHV belief sich Ende Jahr auf CHF 23'258 Mio., was 80% einer Jahresausgabe entspricht (Vorjahr 82%). Bei der IV deckten die Einnahmen von CHF 8'450 Mio. lediglich 89,4% der Ausgaben, so dass ein Fehlbetrag von CHF 1'007 Mio. resultierte. Die Erhöhung des Defizits gegenüber dem Vorjahr (CHF 820 Mio.) wurde einerseits auf die Zunahme der IV-Rentner (insbesondere kurz vor Erreichen des AHV-Rentenalters) und auf die Anhebung des Rentenalters der Frauen zurückgeführt, wodurch die Versicherung das Risiko für den Jahrgang 1939 ein Jahr länger tragen musste. Das aufkumulierte Defizit der IV stieg auf CHF 3'313 Mio. an (Vorjahr CHF 2'305 Mio.). Die EO schloss das Berichtsjahr mit einem Überschuss von CHF 120 Mio. ab; der EO-Ausgleichsfonds entsprach dem gut Fünffachen einer Jahresausgabe.

Die provisorische Gesamtrechnung der sozialen Sicherheit für das Jahr 2000 zeigte, dass sich die Sozialausgabenquote der Schweiz mit 27,4% in derselben Grössenordnung wie in der EU bewegt; von den Sozialleistungen entfielen 45% auf die Altersvorsorge und weitere 37% auf Leistungen bei Krankheit und Invalidität.²³

STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 31.12.2002
MARIANNE BENTELI

Die **Börsenkrise** wirkte sich vor allem bei der beruflichen Vorsorge aus, verursachte aber auch den drei Sozialwerken **AHV, IV und EO** im Berichtsjahr einen **Anlageverlust** in der Höhe von 1016 Mio. Fr. Das Vermögen sank um fast 11% auf noch 18,831 Mia. Fr. Ohne diese buchhalterischen Verluste hätten AHV und EO die Jahresrechnung positiv abgeschlossen. Bei der AHV stand ein Aufwand von 29'095 Mio. Fr. Einnahmen von 29'685 Mio. Fr. gegenüber. Der Aufwand war demnach zu 102% durch die Einnahmen gedeckt. Da das Anlageergebnis für die **Jahresrechnung** aber berücksichtigt werden muss, schloss die AHV unter dem Strich mit einem Jahresverlust von 191 Mio. Fr. Im Vorjahr hatte noch ein Plus von 538 Mio. Fr. resultiert. Die EO erzielte bei einem Aufwand von 692 Mio Fr. Einnahmen von 787 Mio. Fr. Ihr Defizit betrug anlagebedingt 30 Mio. Fr. Auch ohne Kursverluste wäre die IV defizitär geblieben. Sie wendete 9'964 Mio. Fr. auf, nahm aber nur 8'775 Mio. Fr. ein. Die Deckung war demnach nur zu 88% gegeben. Es resultierte ein Verlust von 1'189 Mio. Fr., der um fast 180 Mio. Fr. höher war als 2001. Der Vermögensbestand der AHV war wie immer seit 1979 zu tief. Das Kapital entsprach rund 79% einer Jahresausgabe anstatt der vom Gesetz geforderten Deckung von 100%. Das Vermögen war Ende 2002 zu rund 20% in Schweizer und ausländischen Aktien angelegt und zu 6,1% in Fremdwährungsobligationen.²⁴

STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 01.01.2003
MARIANNE BENTELI

Das seit 1998 beobachtete kontinuierliche Absinken der **Sozialausgabenquote** (Ausgaben für soziale Sicherheit im Verhältnis zum BIP) setzte sich 2001 und 2002 nicht weiter fort. Laut Schätzungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) betragen die nominalen Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit 2002 CHF 123,1 Mrd. und die Einnahmen CHF 141,0 Mrd. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Ausgaben um 4,6% zu, während sich die Einnahmen um 0,1% verringerten. Die Differenz von 18 Milliarden Franken zwischen den Ausgaben und den Einnahmen ist grösstenteils auf das in der beruflichen Vorsorge angewandte Kapitaldeckungsverfahren zurückzuführen und darf somit nicht als Einnahmenüberschuss interpretiert werden. Die Sozialausgabenquote, die in den Jahren 1998-2000 bei rund 27% gelegen hatte, betrug 2001 etwa 27,8% und wird für 2002 auf 28,8% veranschlagt. Der grösste Teil der Sozialleistungen wird für die Altersvorsorge (43%) ausgegeben. Danach folgen Krankenpflege und Gesundheitsvorsorge (26%) sowie die Ausgaben für Invalidität.²⁵

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2003
MARIANNE BENTELI

Nach einem Defizit von CHF 191 Mio. im Vorjahr erzielte die AHV 2003 einen Überschuss von CHF 1'977 Mio. Die IV wies dagegen ein von CHF 1'189 Mio. auf CHF 1'448 Mio. erhöhtes Defizit aus. Bei der EO resultierte nach dem vorjährigen anlagebedingten Defizit von CHF 30 Mio. ein Überschuss von CHF 229 Mio. Die **markante Verbesserung bei AHV und EO** war darauf zurückzuführen, dass sich die Börse nach zwei schlechten Jahren wieder erholte. Der Ausgleichsfonds erreichte einen Anlageerfolg von CHF 1'517 Mio., was einer Jahresperformance von 7,6% entspricht. Die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber, des Bundes und der Kantone, die Anteile der AHV an Steuern und die Einnahmen aus Regress brachten CHF 40'510 Mio. ein. Der Aufwand der drei Sozialwerke von CHF 41'270 Mio. war damit nicht ganz gedeckt. Für den Ausgleich des IV-Defizits mussten wiederum die positiven Umlageergebnisse von AHV und EO herangezogen und das Vermögen mit CHF 760 Mio. belastet werden. Ende 2003 wies die AHV ein Kapital von CHF 25'040 Mio. aus. Das entspricht 84% einer Jahresausgabe (Vorjahr 79%). Die EO verfügte noch über CHF 2'270 Mio., nachdem CHF 1'500 Mio. an die IV übertragen worden waren. Trotz der EO-Spritze blieb der Verlustvortrag der IV mit CHF 4'450 Mio. praktisch unverändert. Das Vermögen des Ausgleichsfonds betrug CHF 19'690 Mio., d.h. knapp die Hälfte der Jahresausgabe 2003 der drei Sozialwerke.²⁶

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 18.05.2004
MARIANNE BENTELI

Wie eine im Auftrag des Nationalfonds erstellte Studie zeigte, hilft der Sozialstaat in der Schweiz den Ärmsten im Lande ziemlich wirksam, insbesondere über die Sozialhilfe. Er bringt aber kaum eine Umverteilung der Einkommen von oben nach unten. Die **geringe Umverteilungswirkung der Sozialversicherungen** führte die Studie darauf zurück, dass die einzelnen Sozialversicherungen gegensätzliche Effekte haben. So mindern die einen Sozialwerke wohl die Einkommensunterschiede, andere dagegen vergrössern sie. Unter dem Strich präsentiert sich die Schweiz damit nicht so sozial, wie viele meinen, kamen die Autoren zum Schluss. Vor allem die Finanzierung des Systems müsse als wenig sozial bezeichnet werden. Die AHV wirkt ausgleichend, weil sie von reich zu arm umverteilt, da die Bezüger hoher Einkommen mehr in den AHV-Topf einzahlen als sie als Pensionierte mit der Maximalrente erhalten. Ähnlich funktioniert auch die IV. Keinen Umverteilungsprozess gibt es hingegen in der beruflichen Vorsorge, da sie trotz Obligatorium einen privatrechtlichen Charakter hat. Wenig sozial ausgestaltet ist auch die obligatorische Krankenversicherung, die über einkommensunabhängige Prämien (Kopfprämien) finanziert wird; korrigiert wird dies allerdings durch die Prämienverbilligungen, die einen gezielten Umverteilungseffekt haben.²⁷

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2004
MARIANNE BENTELI

Die beiden Sozialwerke AHV und EO schlossen 2004 mit **positiven Betriebsergebnissen** ab. Die AHV verzeichnete ein Plus von 1,964 Mia Fr., die EO ein solches von 406 Mio Fr. Die IV lag hingegen mit 1,585 Mia Fr. im Minus. Die AHV nahm 31'111 (2003: 30'498) Mia Fr. an Beiträgen und Regress ein, der Aufwand betrug 30'423 (29'981) Mia. Fr. Das Umlageergebnis verbesserte sich dank stärker angestiegener Erträge aus Mehrwert- und Spielbanksteuern. Bei der EO standen Beiträge von 818 Mio Fr. einem Aufwand von 550 Mio Fr. gegenüber; sie profitierte von der geringeren Anzahl Dienstleistender bei der Armee XXI und beim Bevölkerungsschutz. Bei der IV stiegen die Beiträge auf 9'511 (2003: 9'210) und der Aufwand auf 10'995 (10'588) Mia Fr. Der Fehlbetrag wuchs zudem um die Zahlung von 101 Mio Fr. Schuldzinsen an den AHV-Fonds. Die positiven AHV- und EO-Abschlüsse erklärte der Ausgleichsfonds mit Kapitalmarktgewinnen von 1'313 Mia Fr. (Performance 6,7%).²⁸

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 01.01.2005
MARIANNE BENTELI

Die beiden Sozialwerke AHV und EO schlossen 2004 mit **positiven Betriebsergebnissen** ab. Die AHV verzeichnete ein Plus von CHF 1.964 Mrd., die EO ein solches von CHF 406 Mio. Die IV lag hingegen mit CHF 1.585 Mrd. im Minus. Die AHV nahm CHF 31'111 (2003: 30'498) Mrd. an Beiträgen und Regress ein, der Aufwand betrug CHF 30'423 (29'981) Mrd. Das Umlageergebnis verbesserte sich dank stärker angestiegener Erträge aus Mehrwert- und Spielbanksteuern. Bei der EO standen Beiträge von CHF 818 Mio. einem Aufwand von CHF 550 Mio. gegenüber; sie profitierte von der geringeren Anzahl Dienstleistender bei der Armee XXI und beim Bevölkerungsschutz. Bei der IV stiegen die Beiträge auf CHF 9'511 (2003: 9'210) Mrd. und der Aufwand auf CHF 10'995 (10'588) Mrd. Der Fehlbetrag wuchs zudem um die Zahlung von CHF 101 Mio. Schuldzinsen an den AHV-Fonds. Die positiven AHV- und EO-Abschlüsse erklärte der Ausgleichsfonds mit Kapitalmarktgewinnen von CHF 1'313 Mrd. (Performance 6,7%).²⁹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2006
MARIANNE BENTELI

Die **AHV** schloss das Jahr 2006 mit einem **Überschuss** von CHF 2,708 Mrd. ab. Zu verdanken war dies der guten Konjunktur und dem Anlageergebnis, welches den drei Sozialwerken AHV, IV und EO Vermögenserträge von rund CHF 1,4 Mrd. einbrachte. Während die Beiträge der Versicherten um 3,4% zulegten, wuchs der Aufwand nur geringfügig. Insgesamt nahm die AHV CHF 32,896 Mrd. ein, rund eine Milliarde mehr als 2005. Der Aufwand betrug CHF 31,682 Mrd. Die **IV** dagegen fuhr erneut mit einem Minus von CHF 1,556 Mrd. ein herbes **Defizit** ein. Für die **EO** war 2006 das erste Betriebsjahr mit erhöhten und erweiterten Leistungen an Dienstpflichtige sowie bei Mutterschaft. Diese schlugen sich in einem deutlich höheren Aufwand und einem erheblichen **Verlust** von CHF 321 Mio. nieder. Die Beiträge, Steueranteile und Einnahmen aus Regress genügten einmal mehr nicht, um den Gesamtaufwand von CHF 44,241 Mrd. zu decken. Dem Vermögen von AHV und EO mussten CHF 577 Mio. entnommen werden, um die Defizite von IV und EO zu decken. Das Kapital der AHV betrug Ende Jahr CHF 32,1 Mrd. und entspricht somit 101,3% einer Jahresausgabe (2005 93,8%). Damit wurde die Bedingung von Art. 107 Abs. 3 AHVG, dass der Ausgleichsfonds in der Regel nicht unter den Betrag einer Jahresausgabe sinken darf, seit dem Jahr 1994 erstmals wieder erfüllt. Werden jedoch die der IV geliehenen Gelder im Ausmass von rund CHF 9,3 Mrd. in Abzug gebracht, verfügt die AHV über rund CHF 22,8 Mrd. Reserven; dies entspricht rund 72% der Jahresausgaben.³⁰

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 17.08.2007
MARIANNE BENTELI

Erstmals untersuchte das BFS die Quelle der Gesamteinnahmen der Schweizer Haushalte über einen längeren Zeitraum. Dabei zeigte sich, dass zwischen 1990 und 2004 der Anteil der **Renten aus Sozialversicherungen** markant gestiegen ist, nämlich von 18% auf 27%, am stärksten mit einer Zunahme von jährlich 5,9% die Renten der Pensionskassen. Das BFS begründete dies mit der demografischen Alterung der Bevölkerung. Die Einkommen aus IV-Leistungen wuchsen pro Jahr durchschnittlich um 5,7%, wobei nicht der pro Bezüger ausbezahlte Betrag, sondern die Anzahl der Bezüger zunahm.³¹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2007
MARIANNE BENTELI

Die **AHV** schloss das Rechnungsjahr 2007 mit einem Überschuss von rund CHF 1,5 Mrd. ab. Zu verdanken war dies der guten Konjunktur, welche die Beitragseinnahmen um 5% wachsen liess. Der Gewinn lag zwar um 44,7% unter dem Ergebnis von 2006, das Kapital entsprach aber 122% einer Jahresausgabe und lag damit höher als in den vergangenen Jahren (2006: 101,3%). Die **IV** wurde durch die NFA-Übergangskosten um zusätzliche CHF 491 Mio. belastet. Ihr Defizit von CHF 2,1 Mrd. vergrösserte die Schuld beim AHV-Fonds auf CHF 11,4 Mrd.. Die **EO** schloss mit einem Fehlbetrag von CHF 0,4 Mrd. ab; ihr Kapital reduzierte sich auf CHF 2,1 Mrd.³²

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 17.03.2011
SÉBASTIEN SCHNYDER

Une étude de Caritas a montré que la **population étrangère** contribue plus à l'AVS et l'AI qu'elle n'en bénéficie. L'Office fédéral des assurances sociales a attesté ces chiffres montrant qu'elle contribue à hauteur de 26,7% à ces assurances mais qu'elle n'en bénéficie qu'à hauteur de 17,9% (AVS) et 25,6% (AI).³³

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 30.12.2015
ANJA HEIDELBERGER

Die **Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV) 2015** verdeutlicht die Problematik im Bereich der Sozialversicherungen: Während die Einnahmen 2015 um 0.4 Prozent anstiegen, nahmen die Ausgaben um 3.2 Prozent zu. Der Bericht wies die Sozillastquote, also den Anteil aller Sozialversicherungseinnahmen am BIP als Mass der relativen Belastung der Volkswirtschaft durch Sozialversicherungseinnahmen, sowie die Sozialleistungsquote, also den Anteil aller Sozialversicherungsausgaben am BIP als Mass der durch die Empfänger von Sozialleistungen beanspruchten Wirtschaftsleistung, aus. Beide Werte waren im Fünfjahresvergleich angestiegen: die Sozillastquote von 25.2 Prozent (2010) auf 26.9 Prozent (2015) und die Sozialleistungsquote von 19.6 Prozent auf 20.9 Prozent. Während sich dabei das Wachstum der Sozillastquote seit 2013 verringert hatte, verstärkte sich dasjenige der Sozialleistungsquote 2015 nochmals deutlich. Das stärkste Wachstum auf Ausgabenseite wiesen 2015 die Krankenkassen mit über 6 Prozent auf, gefolgt von der ALV mit über 5 Prozent. Weniger starke Anstiege verzeichneten hingegen die AHV- und Pensionskassen-Ausgaben, deren Ausgabenvolumen die grössten Anteile an der Gesamtrechnung ausmachten. Detailliertere Berichte zu den Jahresergebnissen der verschiedenen Sozialversicherungsweige finden sich in den Artikeln zur AHV, IV, EO, ALV sowie zur beruflichen Vorsorge.³⁴

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 12.07.2016
ANJA HEIDELBERGER

Im Juli 2016 veröffentlichte das BSV eine Studie zum **Geschlechtergraben bei den Altersrenten**. Demnach erhalten Frauen durchschnittlich fast um CHF 20'000 tiefere Altersrenten als Männer. Der sogenannte Gender Pension Gap (GPG) liegt somit in der Schweiz mit 37 Prozent leicht unter dem EU-Durchschnitt von 40 Prozent. Am niedrigsten zeigt sich das Rentengefälle bei der AHV mit 3 Prozent, während es bei der Pensionskasse gut 60 Prozent beträgt. Als Gründe für diese Unterschiede führt die Studie unter anderem die durch die traditionelle Rollenverteilung bei Ehepaaren und Familien bedingte verringerte Erwerbstätigkeit der Frauen an. Dies zeige sich auch daran, dass die Differenzen zwischen Männern und Frauen bei Verheirateten deutlich grösser sind (47 Prozent) als bei Geschiedenen und Verwitweten (28 Prozent) und bei Ledigen gänzlich verschwinden. Entsprechend nennt die Studie ausreichend erschwingliche Betreuungsplätze für Kinder als Voraussetzung für eine Verringerung des Rentengefälles. Eine weitere Reduktion soll durch verschiedene in der Altersvorsorge 2020 vorgesehene Massnahmen für einen besseren Vorsorgeschutz von Teilzeitbeschäftigten und Personen mit tiefen Löhnen im Rahmen der zweiten Säule erreicht werden. Diese institutionellen Massnahmen reichten gemäss der Studie jedoch nicht aus, um die Unterschiede vollständig auszugleichen. Dies bedürfe tiefgreifender, dem vorherrschenden stereotypen Rollenbild entgegengewirkender Veränderungen.³⁵

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 30.12.2016
ANJA HEIDELBERGER

Anders als im Vorjahr, als die Ausgaben der Sozialversicherungen deutlich stärker angestiegen waren als ihre Einnahmen, wuchsen die Einnahmen in der **Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV) 2016** mit 1.3 Prozent leicht stärker an als die Ausgaben mit 1.1 Prozent. Die Einnahmen aller Sozialversicherungen in der Höhe von CHF 177 Mrd. übertrafen zudem die Ausgaben leicht (CHF 159 Mrd.). Insgesamt wiesen die Sozialversicherungen Ende 2016 ein Gesamtkapital von CHF 922 Mrd. oder 140 Prozent des BIP (CHF 659 Mrd.) auf. Die Sozialleistungsquote, also der Anteil aller Sozialversicherungsausgaben am BIP, lag bei 21.2 Prozent und übertraf damit gar den Spitzenwert aus dem Vorjahr. Detailliertere Berichte zu den Jahresergebnissen der verschiedenen Sozialversicherungszweige finden sich in den Artikeln zur AHV, IV, EO, EL, ALV sowie zur beruflichen Vorsorge.³⁶

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 30.12.2017
ANJA HEIDELBERGER

2017 betrug die Einnahmen aller Sozialversicherungen in der **Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV)** CHF 182 Mrd. (2016: 177 Mrd.) und übertrafen damit ihre Ausgaben in der Höhe von CHF 162 Mrd. (2016: 159 Mrd.) um CHF 20 Mrd. Wie im Vorjahr waren zudem die Einnahmen (2017: 3.2%, 2016: 1.3%) stärker angestiegen als die Ausgaben (2017: 1.7%, 2016: 1.1%). Das Gesamtkapital der Sozialversicherungen betrug damit Ende 2017 CHF 998 Mrd. und war somit verglichen mit dem Vorjahr deutlich angewachsen (2016: CHF 922 Mrd.). Die Sozialleistungsquote, die den Anteil aller Sozialversicherungsausgaben am BIP widerspiegelt, kam bei 21.2 Prozent zu liegen. Detailliertere Berichte zu den Jahresergebnissen der verschiedenen Sozialversicherungszweige finden sich in den Artikeln zur AHV, IV, EO, EL, ALV sowie zur beruflichen Vorsorge.³⁷

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 30.12.2018
ANJA HEIDELBERGER

Die Einnahmen in der **Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV) 2018** in der Höhe von CHF 184 Mrd. überstiegen deren Ausgaben mit CHF 164 Mrd. deutlich, hatten sich im Vergleich zum Vorjahr jedoch nur leicht verändert (2017: Ausgaben: CHF 162 Mrd., Einnahmen: CHF 182 Mrd.). Übertraf 2017 zudem das Einnahmenwachstum das Ausgabenwachstum, nahmen 2018 die Ausgaben deutlich stärker zu (2018: 1.5%, 2017: 1.7%) als die Einnahmen (2018: 0.6%, 2017: 3.2%). Insgesamt wiesen die Sozialversicherungen Ende 2017 ein Gesamtkapital von CHF 983 Mrd. auf und hatten somit gegenüber dem Vorjahr, als das Gesamtkapital noch CHF 998 Mrd. betrug, an Wert verloren. Der Grossteil dieses Gesamtkapitals, nämlich CHF 865 Mrd., stammte aus der beruflichen Vorsorge (2017: CHF 886 Mrd.). Die Sozialleistungsquote sank zum ersten Mal seit 2012 im Vergleich zum Vorjahr leicht (2018: 20.9%, 2017: 21.2%). Detailliertere Berichte zu den Jahresergebnissen der verschiedenen Sozialversicherungszweige finden sich in den Artikeln zur AHV, IV, EO, EL, ALV sowie zur beruflichen Vorsorge.³⁸

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 13.09.1989
MARIANNE BENTELI

Im September wurde bekannt, dass eine vom VPOD eingesetzte Gruppe, in der neben eigenen Experten auch andere linke Organisationen vertreten waren, ebenfalls ein **neues Altersvorsorge-Modell** ausgearbeitet hatte. Nachdem die Arbeitsgruppe zuerst von der Idee einer "Volkspension" ausgegangen war, welche die 2. Säule überflüssig machen würde, liess sie den Gedanken wieder fallen. Dies geschah aus der Einsicht heraus, dass die Pensionskassen bereits zu sehr etabliert seien und – da von der Alterung der Gesellschaft und der Wirtschaftsentwicklung unabhängig – trotz ihrer evidenten Mängel eine gewisse Berechtigung hätten. Doch sollte die AHV derart aufgestockt werden, dass sie nicht mehr nur das Existenzminimum, sondern den eigentlichen Grundbedarf decken würde; die berufliche Vorsorge sollte dementsprechend redimensioniert werden.³⁹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 19.04.1990
MARIANNE BENTELI

Die Finanzierung der AHV durch das Umlageverfahren bringt es mit sich, dass das finanzielle Gleichgewicht der AHV wesentlich von der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängt. Mit grossem Interesse wurde deshalb der 1989 in Auftrag gegebene **zweite Demographiebericht** des Bundesrates zur Kenntnis genommen. Die darin berechneten Szenarien lassen erwarten, dass die **günstige Situation der AHV noch bis in die Mitte der 90er Jahre** andauern dürfte. Die Jahre zwischen 1995 und 2005 könnten dann aber zu einer Umbruchphase für die AHV werden, doch sind aufgrund der sich nur relativ langsam ändernden Altersquotienten und der bestehenden Finanzierungsreserven noch keine grösseren Schwierigkeiten zu erwarten.

Ein eigentlicher Wendepunkt zeichnet sich um das Jahr 2005 ab. Die Zahl der Rentner wächst dann deutlich rascher, da die nach 1940 geborenen, geburtenstarken Jahrgänge rentenberechtigt werden. Als Folge der niedrigen Geburtenhäufigkeit eben jener Generation stagnieren andererseits die Bestände der beitragspflichtigen Bevölkerung und beginnen schliesslich zu sinken. Gleichzeitig erreichen die ausländischen Rentenansprüche erstmals das Niveau der Beitragszahlungen des ausländischen Bevölkerungsteils. Die Jahre 2005 bis 2015 könnten sich für die AHV deshalb als besonders kritisch erweisen. Ungefähr um 2035 wird sich der Alterslastquotient auf hohem Niveau stabilisieren, da auch die ins Rentenalter eintretenden Generationen wieder kleiner werden.

Abschliessend hielt der Bericht jedoch fest, Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt, die Formel des Mischindex sowie die Mitfinanzierung der öffentlichen Hand würden den Entscheidungsträgern auch in Zukunft einen nicht zu unterschätzenden Handlungsspielraum lassen.⁴⁰

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 10.07.1991
MARIANNE BENTELI

Eine **wissenschaftliche Überprüfung der Drei-Säulen-Konzeption der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge**, welche der Bundesrat 1990 bei fünf Experten in Auftrag gegeben hatte, führte zu einer grundsätzlichen Bejahung dieses Prinzips. Die drei Säulen (AHV/IV, BVG und Selbstvorsorge) wurden hingegen unterschiedlich gewichtet. Insbesondere wichen die Vorschläge zum optimalen Finanzierungssystem voneinander ab. Das EDI will nun die Gutachten vertieft auswerten und dem Bundesrat bis im Sommer 1992 einen Bericht zur Drei-Säulen-Konzeption mit Vorschlägen über die Grundsätze der künftigen Gesetzgebung unterbreiten.⁴¹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.1996
MARIANNE BENTELI

Erstmals seit 1979 rutschte die **AHV-Rechnung** mit einem Minus von 28 Mio. Fr. (1995: + 9 Mio Fr.) in die **roten Zahlen** ab. Die Rentenzahlungen, die mit 24'449 Mio. Fr. gegen 99% der Gesamtausgaben ausmachten, stiegen um 1,3%. Weil 1996 keine Rentenanpassung fällig war, ist diese Zunahme fast ausschliesslich der Alterung der Bevölkerung zuzuschreiben. Das Vermögen der AHV ging auf 23'807 Mio. Fr. zurück.⁴²

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.1997
MARIANNE BENTELI

Die Leistungen der AHV stiegen 1997 um 4% auf 25'803 Mio. Fr. 98,5% davon entfielen auf die Geldleistungen, insbesondere die Renten. Allein wegen der Anpassung an die Teuerung fielen diese um 2,6% (640 Mio. Fr.) höher aus als im Vorjahr. Kostensteigernd wirkten ferner der demographisch bedingte Zuwachs der Rentnerinnen und Rentner, der überproportionale Anstieg von Rentenabfindungen und Beitragsüberweisungen an ehemalige ausländische Arbeitskräfte sowie der allmähliche Übergang von der Ehepaarrente zu zwei Einzelrenten. Die gesamten Einnahmen der AHV deckten mit 25'219 Mio. Fr. 97,7% der Ausgaben. Durch das **Defizit von 583 Mio. Fr.** (Vorjahr -28 Mio. Fr.) verringerte sich das Vermögen der AHV auf 23'223 Mio. Fr., was noch 90% der Ausgaben entspricht. Nach dem AHV-Gesetz sollte der AHV-Fonds "in der Regel" nicht unter eine Reserve von einer Jahresausgabe sinken. Durch das dem Parlament beantragte zusätzliche Mehrwertsteuerprozent sollte sich das Rechnungsergebnis ab 1999 deutlich verbessern.⁴³

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2002
MARIANNE BENTELI

Eine im Auftrag des EFD in den Monaten April und Mai durchgeführte **Umfrage** bei 1500 Wahlberechtigten ergab, dass 73% der Befragten, die heute noch keine **AHV** beziehen, daran glauben, einst auf eine AHV-Rente zählen zu können. Mit 79% war die Zuversicht in die eigene Rente in der Westschweiz sogar noch höher. Zwischen 2001 und dem Berichtsjahr stieg das **Vertrauen** gesamtschweizerisch um vier, in der Romandie sogar um 12 Prozentpunkte. Diese Verbesserung erscheint noch eindrücklicher angesichts der Tatsache, dass gleichzeitig auch das Bewusstsein der Bevölkerung bezüglich der demografischen Entwicklung zugenommen hat: 78% (gegenüber 68% im Vorjahr) der befragten Personen waren sich darüber im Klaren, dass die beruflich aktive Bevölkerung im Verhältnis zu den Rentenbezüglern in den nächsten Jahrzehnten kleiner wird.⁴⁴

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 18.05.2004
MARIANNE BENTELI

In der **Vox-Analyse** dieses Urnengangs erschien die parteipolitische Positionierung als das dominante Erklärungsmoment für den Stimmentscheid. Mit 83% Nein verwarfen die Sympathisanten der SP die Revision wuchtig. Die FDP konnte eine Mehrheit (56%) ihrer Anhängerschaft von ihrer Ja-Parole überzeugen. Dies gelang der CVP lediglich zu 46% und der SVP sogar nur zu 41%. Die Deutschschweiz stimmte mit 35% Ja-Stimmen eher zu als die Welschschweiz (25%), doch war der Unterschied nicht mehr so relevant wie in früheren Abstimmungen zur AHV. Anders als bei der 10. AHV-Revision nahmen die Männer mit 38% Ja deutlich stärker an als die Frauen (25%), wobei der Unterschied (ausser bei den über 70-Jährigen) linear mit dem Alter zunahm. Die 50- bis 59-jährigen Männer nahmen die Revision sogar knapp an, während die Frauen der gleichen Altersklasse sie zu 80% ablehnten. Als Entscheidmotiv wurde von den Befürwortern mehrheitlich die Sicherung der Sozialwerke genannt; die Gründe der Gegner waren weniger einheitlich, artikulierten aber doch zu einem grossen Teil die Sorge um die Errungenschaften des Sozialstaats.⁴⁵

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2005
MARIANNE BENTELI

Dank hohen Renditen erzielte die **AHV 2005** einen **Überschuss** von CHF 2,385 Mrd. und konnte damit ihr Betriebsergebnis um CHF 421 Mio. verbessern. Der Überschuss aus der Versicherung (Umlage) ging zwar um CHF 140 Mio. auf CHF 548 Mio. zurück; dies wurde durch den hohen Anlageerfolg von CHF 1,726 Mrd. und die Zinszahlungen der IV von CHF 111 Mio. mehr als wettgemacht. Die IV musste hingegen ein um CHF 153 Mio. auf CHF 1,738 Mrd. erhöhtes Defizit hinnehmen, womit sich ihre Verluste Ende 2005 auf CHF 7,774 Mrd. kumulierten. Sie hatte nicht nur keinen Anteil am Anlageerfolg, ihr wurden zugunsten von AHV und EO noch CHF 122 Mio. Zins auf dem Verlust belastet. Der Überschuss der EO ging um 224 auf CHF 182 Mio. zurück. Aus dem deutlich positiven Umlage-Ergebnis von CHF 268 Mio. im Vorjahr wurde erstmals ein Ausgabenüberschuss von CHF 7 Mio. Wegen der Erhöhung der Taggelder für Dienstleistende und der Einführung der Mutterschaftsleistungen nahm der Aufwand um 53% zu. Dass die Betriebsrechnung gleichwohl mit einem Überschuss abschloss, verdankte sie ihrem Anteil am Anlageerfolg des Fonds, der sich um 49 auf CHF 178 Mio. erhöhte; dazu kamen CHF 11 Mio. Zins aus dem IV-Verlust.⁴⁶

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2011
FLAVIA CARONI

Anfang des Jahres publizierte das Bundesamt für Sozialversicherungen die **Anlageergebnisse des Ausgleichsfonds der AHV, IV und EO für das Jahr 2011**. Trotz der schwierigen Marktbedingungen mit historisch tiefem Zinsniveau und teils heftigen Turbulenzen konnte eine kleine Rendite erzielt werden. Das BSV stufte das Resultat als „erfreulich“ ein.⁴⁷

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2012
FLAVIA CARONI

Im Februar des Berichtsjahres erschienen die **Anlageergebnisse des Ausgleichsfonds der AHV, IV und Erwerbersersatzordnung (EO) für das Jahr 2012**. Die positive Stimmung an der Börse führte zu einer Bruttorendite von 7,0%, welche fast an jene der Pensionskassen heranreichte. Auf das Gesamtergebnis drückte einzig der IV-Einzelfonds, bei dem aufgrund der hohen Verschuldung des Sozialwerks nur geringe Risiken eingegangen werden dürfen. Insgesamt überstiegen die Einnahmen 2012 die Ausgaben des Ausgleichsfonds.⁴⁸

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2013
FLAVIA CARONI

Das **Jahresergebnis 2013 der AHV** fiel schlechter aus als noch jenes des Vorjahres. Während das Umlageergebnis (Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ohne Berücksichtigung der Kapitalgewinne) 2012 CHF 261 Mio. betragen hatte, schmolz es 2013 auf noch lediglich CHF 14 Mio. zusammen. Die fixen Einnahmen der AHV deckten ihre Ausgaben also nur noch knapp; im Vergleich zum Vorjahr waren die Ausgaben erneut um 3% gewachsen, während die Einnahmen aus den Beiträgen der Versicherten, der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand nur um 0,1% angewachsen waren. Laut Abschätzung von Fachpersonen wird das Umlageergebnis der AHV im Jahr 2015 zum ersten Mal negativ sein. Die Kapitalrendite des AHV-Fonds betrug 2013 2,8%, womit insgesamt ein Plus von CHF 908 Mio. als Betriebsergebnis resultierte. Per Ende 2013 enthielt der AHV-Fonds CHF 43,08 Mrd.⁴⁹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2014
FLAVIA CARONI

Zum ersten Mal seit 1999 und ein Jahr früher als erwartet, wies die AHV im Jahr **2014 ein negatives Umlageergebnis** (Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ohne Berücksichtigung der Kapitalgewinne) aus. Die leicht wachsenden Versicherungseinnahmen (bestehend aus den Beiträgen der Arbeitgebenden und -nehmenden zuzüglich dem Beitrag der öffentlichen Hand; CHF 40,5 Mrd., + 1,4%) vermochten das Wachstum bei den Ausgaben (CHF 40,9 Mrd., + 2,2%) nicht zu kompensieren, womit sich eine Lücke von CHF 320 Mio. auftat. Durch das positive Anlageergebnis von rund CHF 2 Mrd. konnte diese Lücke geschlossen werden, womit sich ein Betriebsergebnis von CHF 1,7 Mrd. ergab. Das vergleichsweise gute Anlageergebnis war möglich geworden, weil die Börsenlage 2014 sich als heiterer herausstellte als in den Vorjahren. Ende des Jahres 2014 enthielt der AHV-Ausgleichsfonds damit rund CHF 44,8 Mrd., knapp 110% einer Jahresausgabe. Im Juni zeigte der neuste Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco zu den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit, dass das Umlageergebnis der AHV ohne die Zuwanderung bereits im Jahr 2009 negativ geworden wäre. Allerdings erwachsen aus der Zuwanderung junger Menschen längerfristig auch zusätzliche Rentenansprüche.⁵⁰

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2014
FLAVIA CARONI

Die **Reaktionen auf das negative Umlageergebnis der AHV im Jahr 2014** fielen unterschiedlich aus. Von linker Seite bemerkte der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die AHV stehe trotz des negativen Betriebsergebnisses auf robusten Füßen und Leistungskürzungen seien daher nicht angezeigt. Die roten Zahlen seien auf Mindereinnahmen als Folge der Unternehmenssteuerreform III und auf die erhöhte Erwerbslosigkeit zurückzuführen, so der Gewerkschafts-Dachverband. Mit den vom Bundesrat im Rahmen der Altersvorsorge 2020 vorgeschlagenen Massnahmen wie einer Erhöhung der Mehrwertsteuer liesse sich die Situation jedoch bewältigen. Die bürgerliche Seite, angeführt vom Arbeitgeberverband, widersprach dieser Darstellung vehement. Das Umlageergebnis zeige, dass die Trendwende in der AHV erreicht sei. Damit sei auch klar, dass der vom Bundesrat beabsichtigte Weg ungangbar sei – vielmehr forderte der SAV rasche Massnahmen, um die Sicherheit der Renten zu garantieren. Im Zuge der Diskussion über die Reform der Altersvorsorge 2020 blieb die AHV durch das ganze Jahr 2015 ein Thema in Medien und Öffentlichkeit.⁵¹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2015
ANJA HEIDELBERGER

Im März 2016 veröffentlichte die compenswiss, die öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes zur Verwaltung des Ausgleichsfonds AHV/IV/EO, das **Jahresergebnis 2015 der AHV**. Dabei ergab sich für die AHV zum ersten Mal seit Langem neben dem negativen Umlageergebnis von CHF -579 Mio. auch ein negatives Betriebsergebnis von CHF -559 Mio. Zwar war das Umlageergebnis – also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der AHV – mit CHF -320 Mio. bereits 2014 negativ gewesen, damals konnte eine hohe Rendite des AHV-Fonds in der Höhe von etwa CHF 2 Mrd. jedoch das Minus auffangen. Im Jahr 2015 schloss jedoch auch der AHV-Fonds (genauso wie die IV- und EO-Fonds) mit einem Minus von CHF 237 Mio., was vor allem auf die Negativzinsen und die Situation an den Kapitalmärkten zurückzuführen war. So musste der AHV-Fonds Negativzinsen in der Höhe von CHF 3 Mio. für alles Bargeld bezahlen, das seinen langjährigen durchschnittlichen Bargeldbestand überstieg. Zudem musste der Fonds CHF 200 Mio. für die Währungsabsicherung einsetzen und verlor darüber hinaus mit einer negativen Rendite von -0.97 Prozent Geld an den Kapitalmärkten. Dies erachtete die Presse vor allem als Zeichen für die Relevanz der Reform der Altersvorsorge 2020. So erklärte der abtretende Verwaltungsratspräsident der compenswiss, Marco Netzer, dass das Vermögen des Ausgleichsfonds aufgrund der steigenden Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der AHV abnehmen werde und man daher in liquide Anlagen investieren müsse. Somit sei die Investitionsstrategie eingeschränkt, solange die AHV ein negatives Umlageergebnis aufweise. Die Rahmenbedingungen würden voraussichtlich auch 2016 schwierig bleiben.⁵²

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 10.11.2016
FLAVIA CARONI

Die Voto-Studie zur Abstimmung über die **Volksinitiative „AHVplus: für eine starke AHV“ vom 25. September 2016**, erstellt am Zentrum für Demokratie Aarau, erschien im November. Im Nachgang der Abstimmung waren 1'575 Stimmberechtigte zu ihrem Abstimmungsentscheid, ihren Motiven und weiteren Faktoren telefonisch befragt worden. Die Analyse ergab, dass insbesondere Zweifel an der Finanzierbarkeit der AHV-Erhöhung diese zu Fall gebracht hatten. Auch das Argument, dass die bedürftigsten Rentnerinnen und Rentner nichts von der Erhöhung gehabt hätten, erwies sich als wichtig. Nichtsdestotrotz betonten die Befragten mehrheitlich ihre Sympathie für die AHV und erläuterten, diese biete die sicherste Altersvorsorge und sollte deswegen gegenüber der zweiten Säule gestärkt werden. Als massgeblich für den Urnenentscheid erwies sich dennoch die Parteibindung: Stimmende, welche mit der SP oder der grünen Partei sympathisieren, stimmten „AHVplus“ mehrheitlich zu, während die Sympathisantinnen und Sympathisanten aller anderen Parteien das Anliegen mehrheitlich ablehnten. Am deutlichsten taten dies die Stimmenden mit FDP-Parteibindung. Sowohl bei der SVP als auch bei der SP wich rund ein Drittel der Anhängerinnen und Anhänger von der Parteiparole ab. Der im Vorfeld der Abstimmung oft heraufbeschworene Generationengraben manifestierte sich weniger akzentuiert als erwartet: Zwar legten die jungen Stimmberechtigten überwiegend ein Nein ein, auch bei älteren Stimmenden fand die Initiative jedoch keinen eindeutigen Zuspruch.⁵³

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2016
ANJA HEIDELBERGER

Im Februar 2017 meldete die compenswiss, dass – anders als noch im Vorjahr – die Ausgleichsfonds der AHV, IV und EO trotz grosser Unsicherheiten an den Finanzmärkten mit einer konservativen Anlagepolitik eine Nettorendite von 3.9 Prozent und damit positive Ergebnisse erzielt haben. Mit einer Nettorendite von 3.75 Prozent und einem Anlageergebnis von CHF 1'083 Mio. gelang es dem AHV-Fonds, das negative Umlageergebnis aufzufangen. Dieses setzte mit einem Minus von CHF -766 Mio. den Trend der letzten Jahre fort, in denen die Differenz zwischen Ausgaben (2016: CHF 42.5 Mrd.) und Einnahmen (2016: CHF 41.8 Mrd.) der AHV stetig angewachsen war. Zusammen mit den vom Bund bezahlten Zinsen auf die Schulden des IV-Fonds in der Höhe von CHF 122 Mio. erzielte die **AHV 2016** ein positives **Betriebsergebnis** von CHF 439 Mio. und schnitt damit deutlich besser ab als noch 2015 (-559 Mio.). In den Medien wurde das positive Betriebsergebnis aufgrund des immer schlechter werdenden Umlageergebnis jedoch nur als Zwischenhoch interpretiert.⁵⁴

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2017
ANJA HEIDELBERGER

Im Februar 2018 verkündete die compenswiss, dass die Ausgleichsfonds der AHV, IV und EO 2017 die guten Ergebnisse des Vorjahrs bestätigen konnten. Die erreichte Nettorendite von 7.11 Prozent stelle gar einen der höchsten Werte seit 2010 dar; der AHV-Fonds erzielte eine Nettorendite von 6.82 Prozent. Durch eine aktive Verwaltung der liquiden Mittel habe man deren Nettorendite steigern und dadurch die negativen Auswirkungen der Negativzinsen minimieren können. Das Vermögen des Ausgleichsfonds stieg von CHF 34.8 Mrd. im Jahr 2016 auf CHF 36.8 Mrd. 2017. Trotz

dieser positiven Ergebnisse verwies die Compenswiss auf die schwierige Lage des AHV-Fonds nach der Ablehnung der Altersvorsorge 2020. Diese Problematik offenbarte sich einmal mehr im März 2018, als die Compenswiss das **Jahresergebnis 2017 der AHV** verkündete: 2017 erzielte der AHV-Ausgleichsfonds ein negatives Umlageergebnis von CHF 1.039 Mrd. (2016: CHF 766 Mio.). Die Ausgaben der AHV waren somit auch 2017 – wie es seit 2014 laufend der Fall war – höher als ihre Einnahmen. Dank dem positiven Anlageergebnis und den Zinsen für die IV-Schulden (CHF 114 Mio.) erreichte die AHV dennoch ein positives Betriebsergebnis von CHF 1.087 Mrd. (2016: CHF 439 Mio.).⁵⁵

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2018
ANJA HEIDELBERGER

Im Unterschied zu den Jahren zuvor erzielte der Ausgleichsfonds AHV/IV/EO 2018 mit einer Nettorendite von -4.22 Prozent ein negatives Anlageergebnis (2017: 7.11%); sein Vermögen nahm um CHF 2.5 Mrd. auf CHF 34.3 Mrd. ab. Der AHV-Fonds selbst erzielte eine negative Nettorendite von -4.14 Prozent (2017: 6.82%) oder CHF -1.233 Mrd (2017: CHF 2.012 Mrd.). Die Compenswiss begründete dieses schlechte Resultat mit der rückläufigen Entwicklung der Finanzmärkte im zweiten Halbjahr 2018. Nachdem das Betriebsergebnis der AHV in den letzten Jahren nur aufgrund des positiven Anlageergebnisses in den schwarzen Zahlen gewesen war, standen die Voraussetzungen für ein positives **Jahresergebnis 2018 der AHV** nicht gut, als die Compenswiss im April 2019 die neusten Zahlen vorlegte: Zum negativen Anlageergebnis kam ein negatives Umlageergebnis von CHF 1.038 Mrd. hinzu. Da zudem der Zins für die IV-Schulden mit 0.5 Prozent für die Jahre 2018–2020 tiefer lag als bisher mit 1 Prozent, verdiente die AHV auch hier nur noch CHF 51 Mio. (2017: CHF 114 Mio.). Insgesamt betrug das Betriebsergebnis der AHV 2018 somit CHF -2.22 Mrd. Dies sorgte auch in den Medien für einigen Wirbel, zumal der Bericht der Compenswiss knapp einen Monat vor der Abstimmung zur STAF erschien.⁵⁶

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 05.11.2019
ANJA HEIDELBERGER

Anfang November 2019 erschien der **Länderbericht der OECD zur Schweiz**. Darin lobte die Organisation einerseits die Lage der Schweizer Wirtschaft und verwies darauf, dass die Schweiz das dritthöchste BIP pro Kopf aller OECD-Staaten aufweise. Sorge bereitete den Berichtautorinnen und -autoren hingegen unter anderem die Alterung der Bevölkerung: Man müsse die Herausforderungen des demografischen Wandels und der alternden Gesellschaft angehen, wurde betont. Heute ermögliche das Rentensystem zwar noch ein angemessenes Einkommen im Ruhestand, Reformen seien aber nötig, zumal der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen bald 30 Prozent betragen und damit höher liegen werde als im Durchschnitt der OECD-Staaten. Gefordert wurden im Bericht entsprechend in einem ersten Schritt die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer, in einem zweiten Schritt die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre und schliesslich die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Die berufliche Vorsorge wiederum solle durch eine Senkung des Umwandlungssatzes und durch dessen flexiblere Anpassung per Verordnung reformiert werden. Des Weiteren sei eine Reduktion der Lohnzulagen für ältere Arbeitnehmende nötig, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.⁵⁷

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2019
ANJA HEIDELBERGER

Anfang Februar 2020 verkündete die Compenswiss, der Ausgleichsfonds von AHV/IV/EO, ein **Rekordergebnis des Ausgleichsfonds im Jahr 2019**. So liege die Nettorendite des Fonds bei 10.2 Prozent, im Vorjahr hatte noch ein Verlust von -4.2 Prozent resultiert. Dies sei das zweitbeste Ergebnis seit Bestehen des Fonds, also seit dem Jahr 1948. Die Annahme der STAF im Mai 2019, durch die der AHV jährlich zusätzlich CHF 2 Mrd. zufließen werden, habe dem AHV-Ausgleichsfonds überdies eine «Atempause» verschafft.

Die unerfreulichere Nachricht folgte dann im April desselben Jahres, als die Compenswiss auch das Umlageergebnis veröffentlichte: Dieses betrug CHF -1.17 Mio.; um diesen Betrag überstiegen die Ausgaben der AHV entsprechend ihre Einnahmen. Damit bestätigte sich auch der seit 2014 vorherrschende Trend von Umlagedefiziten. Anders als im Vorjahr konnte das Anlageergebnis des AHV-Ausgleichsfonds (CHF 2.80 Mio.) das Umlagedefizit im Jahr 2019 jedoch kompensieren. Zusammen mit den Zinsen der IV (CHF 51 Mio.) kam das **Betriebsergebnis der AHV somit bei CHF 1.68 Mio.** zu liegen.⁵⁸

Invalidenversicherung (IV)

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2013
FLAVIA CARONI

Wie bereits in den letzten Jahren gestaltete sich auch das **Jahresergebnis 2013 der IV** durchzogen. Das Umlageergebnis (Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ohne Berücksichtigung der Kapitalgewinne) konnte zwar von CHF 394 Mio. im Jahr 2012 auf CHF 509 Mio. im Jahr 2013 gesteigert werden, ohne die befristete Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer und die Übernahme der Schuldzinsen für die Schulden des IV-Fonds beim AHV-Fonds durch den Bund hätten aber erneut rote Zahlen resultiert. Beide Massnahmen, die zusammen im Jahr 2013 knapp CHF 1,3 Mrd. ausmachten, werden voraussichtlich Ende 2017 auslaufen. Die Schulden bei der AHV konnten 2013 um 4% reduziert werden und betragen aktuell noch knapp CHF 13,8 Mrd. Der IV-Ausgleichsfonds enthielt per Ende 2013 unverändert CHF 5 Mrd. Rund 230'000 Personen bezogen im Jahr 2013 eine Rente der Invalidenversicherung, wovon die mit Abstand grösste Gruppe, 102'000 Personen umfassend, aufgrund psychischer Erkrankungen rentenberechtigt war.⁵⁹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2014
FLAVIA CARONI

Im Frühling 2015 wurde das **Jahresergebnis 2014 der IV** bekannt. 14'200 gewichtete Neurenten hatte die Invalidenversicherung im Jahr 2014 gesprochen. Dies entspricht den Zahlen der beiden Vorjahre und noch der Hälfte der Zahl aus dem Rekordjahr 2003. Einnahmen von CHF 10,177 Mrd. standen Ausgaben von CHF 9,254 Mrd. gegenüber, womit die IV schwarze Zahlen schrieb und ein gegenüber dem Vorjahr deutlich höheres Betriebsergebnis von CHF 922 Mio. vorweisen konnte. Allerdings stammte ein Teil der Einnahmen nach wie vor aus der auf Ende 2017 befristeten Mehrwertsteuerfinanzierung der IV, nämlich rund CHF 1,12 Mrd. Die Schulden der IV bei der AHV lagen Ende 2014 noch bei CHF 12,84 Mrd. Ob die IV es ab dem Jahr 2018 schaffen würde, aus eigener Kraft schwarze Zahlen zu schreiben, war umstritten. Die vergangenen Revisionen zeigten jedoch Erfolge. Trotz der fortlaufenden Senkung des Gesamtbestandes an IV-Renten und einer Halbierung innerhalb von zehn Jahren auf noch 225'700 gewichtete Renten stellte das Bundesamt für Sozialversicherungen auch keine wesentliche Verlagerung in die Sozialhilfe fest. Die Anzahl durchgeführter Massnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung war erneut angestiegen, und seit 2002 hatte sich das Verhältnis zwischen den Personen, die eine Neurente erhalten, und jenen, die eine berufliche Eingliederungsmassnahme erhalten, mehr als umgekehrt.⁶⁰

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2015
ANJA HEIDELBERGER

Die IV wies für das Jahr **2015** ein positives **Jahresergebnis** auf, auch wenn ihr Umlageergebnis nach einem kontinuierlichen Anstieg seit 2012 zum ersten Mal gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war. So stieg der Aufwand der IV in der Höhe von CHF 9.3 Mrd. leicht stärker (um CHF 50 Mio.) an als ihre Einnahmen (CHF 9.9 Mrd.). Zusätzlich wirkte sich das negative Anlageergebnis des IV-Ausgleichsfonds von CHF -31 Mio., bedingt durch eine negative Rendite von -0.7 Prozent, ungünstig auf das Betriebsergebnis aus. Dieses kam entsprechend mit CHF 614 Mio. ebenfalls deutlich tiefer zu liegen als noch 2014 mit CHF 922 Mio. Dennoch ermöglichte dieses Betriebsergebnis eine weitere Tilgung der Schulden der IV bei der AHV. Auch die AHV- und EO-Fonds schlossen ihr Anlageergebnis mit roten Zahlen.⁶¹

Ergänzungsleistungen (EL)

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.1997
MARIANNE BENTELI

Nach einem markanten Rückgang der Auszahlungen von EL im Vorjahr - bedingt durch das neue Verbilligungssystem bei den Prämien der Krankenkassen - **stiegen die Leistungen im Berichtsjahr wieder stark an**. Gesamtschweizerisch erhöhte sich das Total der Auszahlungen um 6,6%. Es konnten aber auch auffallende Unterschiede zwischen den Kantonen (Zunahmen von 1,2 bis 30,9%) sowie den AHV- und IV-Bezüglern (3,8% bzw. 12,9%) festgestellt werden. Letzteres erklärt sich einerseits mit dem Anstieg der Zahl der IV-Berechtigten und andererseits mit deren - gegenüber den AHV-Bezüglern - höheren Bedürftigkeit.⁶²

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2013
FLAVIA CARONI

Die **Ausgaben für Ergänzungsleistungen (EL)** zu AHV und IV betrugen 2013 rund CHF 4,5 Mrd., was einen Zuwachs von 2,1% im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die Ausgaben für EL zur AHV, welche rund 60% der Gesamtausgaben ausmachen, waren dabei um 3,2% angestiegen, jene für EL zur IV um lediglich 0,6%. Insgesamt bezogen 2013 gut 300'700 Personen Ergänzungsleistungen, davon 185'500 solche zur AHV. Damit sind 12,2% aller Personen über 65 Jahre zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes auf Ergänzungsleistungen angewiesen. In den letzten Jahren wuchs diese Zahl im Schnitt um 5'000 Personen jährlich an. Gemäss offiziellen Schätzungen wären weitere 10'000 AHV-Rentnerinnen und -Rentner zum Bezug von Ergänzungsleistungen berechtigt, haben diese jedoch nicht beantragt.⁶³

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2014
FLAVIA CARONI

Die **Ausgaben für Ergänzungsleistungen (EL)** zu AHV und IV stiegen im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr erneut an, und zwar um rund 3,3%. Wiederum fiel der Anstieg bei den Ergänzungsleistungen zu Invalidenrenten moderat, bei EL zu AHV-Renten dagegen deutlich aus. Die Gesamtausgaben für EL betrugen 2014 rund CHF 4,7 Mrd., wovon der Bund rund 30% trug, während der Rest von den Kantonen aufgebracht wurde. Im Verhältnis zur Gesamtrentensumme wurden 2014 im AHV-Bereich 7,9% (CHF 2,71 Mrd.) und im IV-Bereich 44,2% (CHF 1,96 Mrd.) EL ausbezahlt.⁶⁴

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 08.05.2015
FLAVIA CARONI

Nachdem die Ausgaben der Ergänzungsleistungen seit Jahren stetig angestiegen waren und sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt hatten, schlug der Arbeitgeberverband im Frühling 2015 Alarm und veröffentlichte ein in seinem Auftrag erstelltes **Gutachten zu den Kostentreibern in den EL**. Gemäss dem Gutachten liegen die Kostentreiber erstens in der demographischen Entwicklung, wobei eine höhere Anzahl AHV-Beziehender zu höheren EL-Ausgaben führt. Zweitens stieg der Anteil der IV-Bezügerinnen und -Bezüger, welche zusätzlich auf EL angewiesen sind, was die Studie primär auf das junge Alter der Rentnerinnen und Rentner und ihre damit tiefen oder nicht vorhandenen Renten aus der zweiten Säule zurückführt. Drittens macht das Gutachten verschiedene Gesetzesrevisionen für den Anstieg verantwortlich, darunter die NFA, die neue Pflegefinanzierung und diverse Änderungen bei der Invalidenversicherung. Regelmässig wirkten die EL dabei als Auffangbecken, so die Kritik. Jeder der drei Faktoren sei rund zu einem Drittel für die Ausgabensteigerung bei den Ergänzungsleistungen verantwortlich. Mögliche Lösungsansätze sahen die Autoren in einer Entflechtung der zwischen Bund und Kantonen geteilten Aufgaben in der EL und in der Behebung von Fehlanreizen insbesondere bei der IV. Ziel des Arbeitgeberverbandes mit dem Gutachten war es auch, das wenig bekannte Thema der EL in die Öffentlichkeit zu bringen und die Bevölkerung für das Kostenwachstum in diesem Bereich zu sensibilisieren.⁶⁵

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2015
FLAVIA CARONI

Im Jahr 2015 beliefen sich die **Ausgaben der Ergänzungsleistungen** auf CHF 4,78 Mrd., eine Zunahme um 2,2% gegenüber dem Vorjahr. Während die Ergänzungsleistungen zu Renten der Invalidenversicherungen um 1,9% angestiegen waren und neu CHF 2 Mrd. betrugen, hatten die EL zu AHV-Renten um 2,4% zugenommen, womit das Wachstum in dieser Kategorie wiederum höher war. Die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen war im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 1,8% höher. 197'400 Personen bezogen EL zu einer Altersrente der AHV, 3'800 zu einer Hinterbliebenenrente, 113'900 erhielten Ergänzungsleistungen zu einer Invalidenrente. Die AHV-Renten wurden durch die Ergänzungsleistungen um 7,9% aufgebessert, und 12,5% der Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente der AHV bezogen EL. Im Gegensatz dazu bezogen 45,2% aller IV-Rentner und -Rentnerinnen EL, und die Summe der ausbezahlten Invalidenversicherungsbeiträge wurde dadurch um 45,7% angehoben.⁶⁶

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 17.09.2021
ANJA HEIDELBERGER

Im September 2021 publizierte das BSV die **Finanzperspektiven der EL zur AHV und IV bis ins Jahr 2032**, wie auch zur AHV, zur IV und zur EO. Bei den EL zur AHV wurde ein Ausgaben- und Einnahmenwachstum von CHF 2.9 Mrd. (2020) auf CHF 3.6 Mrd. (2032) prognostiziert (+27%), wobei die Kosten zur Existenzsicherung etwas stärker ansteigen würden als die Heimkosten. Nur schwache Veränderungen gebe es beim Bundesanteil an den Ausgaben (2020: 30.1%, 2032: 31.0%) und bei der EL-Quote (2020: 12.6%; 2032: 12.9%). Bei der EL zur IV erwartete das BSV zwar ein schwächeres Ausgaben- und Einnahmenwachstum von CHF 2.0 Mrd. (2020) auf CHF 2.3 Mrd. (2032; +14%), wobei

die zusätzlichen Kosten auch hier vor allem durch die Existenzsicherung bedingt sein sollten. Gleichzeitig wurde bei der EL zur IV aber auch ein Anstieg der EL-Quote von 49.3 Prozent (2020) auf 59.8 Prozent (2032) prognostiziert. Über beide Bereiche der EL (EL zur AHV und EL zur IV) wird somit ein Ausgabenanstieg von CHF 4.8 Mrd. (2020) auf CHF 5.9 Mrd. (2032) erwartet.⁶⁷

Berufliche Vorsorge

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 18.12.1998
MARIANNE BENTELI

1997 hatte ein Bericht der Gewerkschaft Bau und Industrie neben der AHV auch im Bereich der Pensionskassen rund 68'000 **„vergessene Konten“** im Umfang von über 400 Mio. Fr. ausgemacht, auf welche vor allem ausländischen Arbeitskräfte Anspruch haben, die nicht bis zu ihrer Pensionierung in der Schweiz arbeiteten. Um dieses Problem zu lösen, beantragte der Bundesrat dem Parlament eine **Änderung des Freizügigkeitsgesetzes** in dem Sinn, dass eine zentrale Meldestelle geschaffen werden soll. Ihr werden die Vorsorgeeinrichtungen jene Personen melden, die sich im Rentenalter befinden und ihre Pensionskassenguthaben noch nicht abgerufen haben. Zusammen mit der Zentralen Ausgleichskasse der AHV wird die Meldestelle versuchen, die Adresse der Berechtigten zu eruieren. Sie wird zudem ein Register jener Versicherten führen, zu denen die Vorsorgeeinrichtungen keinen Kontakt mehr haben. Auf Anfrage kann sie so auch jüngeren Versicherten (ausländischen wie schweizerischen Arbeitnehmern) mitteilen, welche Kasse möglicherweise für sie ein Konto unterhält. Beide Kammern nahmen die Vorlage praktisch diskussionslos an.⁶⁸

Soziale Gruppen

Familienpolitik

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 25.02.2004
MARIANNE BENTELI

Eine vom Nationalfonds unterstützte Studie befasste sich mit dem Thema der Gerechtigkeit in der Familienpolitik der Schweiz. Die Autoren kamen zu einem ernüchternden Fazit. Zwar werden Familien – verstanden als Haushalte mit Kindern – unter dem Strich jährlich mit 6,9 Mia Fr. gefördert. Dazu tragen Kinderzulagen, Kinderfreibeträge bei den Steuern, zusätzliche Familienleistungen (wie sie 12 Kantone kennen) oder auch die Subventionen für Kinderkrippen oder Krankenversicherungsprämien bei. Hinzu kommen rund 700 Mio Fr. Sozialhilfe. Dass diese in vielen Familien zum Zug kommen muss, ist für die Autoren ein Zeichen, dass die **Transferzahlungen ungenügend** sind. Sie wiesen auf die geradezu grotesken kantonalen Unterschiede hin und berechneten, welche Transfers nach Steuern eine einkommensschwache Familie erhält. Am meisten ist es im Tessin mit 6900 Fr., am wenigsten im Kanton Jura mit 790 Fr.; im schweizerischen Durchschnitt sind es 2350 Fr. pro Jahr. Gerade bedürftige Familien erhalten besonders geringe Transfers, da ein Drittel auf die Steuerabzüge entfällt, von denen sie kaum profitieren können.⁶⁹

Alterspolitik

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.12.2011
ANITA KÄPPELI

In den erstmals und ebenfalls vom BfS veröffentlichten Indikatoren zur Alterssicherung zeigte sich die **Auswirkung der veränderten Bevölkerungsstruktur auf die Sozialwerke**. Während der Anteil Erwerbstätiger pro AHV-Empfänger in den letzten 20 Jahren bereits von 4 auf 3.5 zu 1 gesunken ist, nahm die Quote der Senioren, welche trotz Rente ihren Lebensabend finanziell nicht ausreichend gedeckt haben und deswegen auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, kontinuierlich zu. Dies lag oftmals daran, dass diese Personen auf Pflege in Heimen angewiesen sind.⁷⁰

1) Lit. Credit Suisse 2015 (Sorgen)

2) Sorgenbarometer 2017, Schlussbericht vom 23.11.2017; NZZ, TA, 5.12.17; AZ, 6.12.17

3) Credit Suisse (2018). Sorgenbarometer

4) Credit Suisse (2019). Sorgenbarometer.pdf; Blick, 5.12.19

5) Credit Suisse (2020) Sorgenbarometer; AZ, NZZ, 20.11.20

6) Credit Suisse (2021) Sorgenbarometer; LT, 19.11.21; Blick, CdT, LT, 26.11.21; AZ, 28.12.21

7) Communiqué de presse Credit Suisse – baromètre des préoccupations 2022; Credit Suisse, baromètre des préoccupations 2022

8) Jaquet und Sciarini 2022. Wo die typischen Schweizer Stimmbürger:innen wohnen; Mueller und Heidelberg 2022. Den Röschtigraben vermessen; NZZ, 26.9.22

9) Lit. Witschard; Presse vom 10.7.96

10) LT, 21.2.20

11) Pressemitteilung des BSV vom 16.9.93.

12) Lit. Suter / Mathey; Presse vom 28.6.00.

- 13) TA, 24.2.90.
- 14) Presse vom 5.3.94; Amtl. Bull. NR, 1993, S. 648.
- 15) "Wechsler/Savioz (1993). Soziale Sicherheit nach 2000: finanzielle Perspektiven und Szenarien für die Schweiz", Chur
- 16) CHSS, 1996, S. 77 ff.; Bund, 8.11.95; Presse vom 16.3.96; Ww, 2.11.95
- 17) "Wechsler / Savioz (1993). Umverteilung zwischen den Generationen in der Sozialversicherung und im Gesundheitswesen"; Bilanz, 1996, Nr. 11, S. 72 ff.4).
- 18) Presse vom 7.3.98.
- 19) Presse vom 15.4.99.
- 20) Lit. OECD; Queisser, Monika / Vittas, Dimitri, „Das schweizerische Vorsorgesystem aus der Sicht der Weltbank: Triumph des gesunden Menschenverstands?“, in CHSS, 2000, S. 195 ff. 11
- 21) BBl, 2000, S. 1865ff.; CHSS, 2000, S. 300ff.; CHSS, 2000, S. 306ff.; Presse vom 5.2.00
- 22) Presse vom 17.3.01. Zur generellen Trendumkehr bei den Sozialversicherungsfinanzen siehe CHSS, 2000, S. 215 ff.
- 23) CHSS, 2002, S. 104 ff., Presse vom 18.6.02
- 24) Presse vom 15.3.2003.
- 25) Presse vom 29.6.04.
- 26) Presse vom 5.3.04
- 27) Künzi und Schärler (2004): Wer zahlt für die soziale Sicherheit und wer profitiert davon? Eine Analyse der Sozialtransfers in der Schweiz; Presse vom 19.5.04.
- 28) Presse vom 2.3.05
- 29) Presse vom 2.3.05.
- 30) Presse vom 14.3.07
- 31) Presse vom 17.8.07.
- 32) CHSS, 2008, S. 111 ff.
- 33) NZZ, 18.3.11.
- 34) Gesamtrechnung der Sozialversicherungen 2015
- 35) Medienmitteilung BSV vom 12.7.2016; Schlussbericht Gender Pension Gap; NZZ, 16.6.15
- 36) Gesamtrechnung der Sozialversicherung 2016 2017
- 37) Hauptresultate der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen 2017
- 38) Hauptresultate der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen 2018
- 39) TA, 27.9.89; SP-VPOD, Nr. 40-41, 5.10., Nr. 44, 2.11., Nr. 49, 7.12. und Nr. 50-52, 14.12.89; Bund, 21.10.89.
- 40) Presse vom 19.4.90; SHZ, 10.5.90; ZAK, 1990, S. 218 ff.; Bund, 7.5.90
- 41) Presse vom 10.7.91.
- 42) Presse vom 8.3.97.
- 43) Presse vom 7.3.98
- 44) CHSS, 2002, S. 196.
- 45) Engeli, Isabelle. Analyse der eidg. Abstimmungen vom 16. Mai 2004, VOX Nr. 83, gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf, Genf 2004.
- 46) Presse vom 4.3.2006.
- 47) NZZ, 15.2.12.
- 48) NZZ, 9.2.13; AZ, 26.3.13.
- 49) Website des Bundesamtes für Sozialversicherungen BSV; NZZ, TA, 29.3.14; NZZ, 17.5.14
- 50) AHV-Statistik 2014; Bericht zu den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt; SO, 10.8.14; NZZ, 27.3.15; LZ, 11.7.15
- 51) BZ, NZZ, TA, 27.3.15
- 52) Medienmitteilung Betriebsergebnisse Anlageergebnis 2015; Resultat Ausgleichsfonds 2015; AZ, BZ, Blick, NZZ, TA, 12.2.16; NZZ, 23.3.16; APZ, AZ, BZ, LZ, NZZ, TG, 30.3.16; Blick, 4.4.16; AZ, 18.5.16; CdT, 19.5.16; NZZ, 11.8.16; AZ, 8.9.16
- 53) Voto-Studie zu den Abstimmungen vom 25. September 2016
- 54) AHV-Statistik 2016; Medienmitteilung compenswiss vom 27.3.17; Medienmitteilung compenswiss vom 9.2.17; Blick, 9.9.16; BaZ, 14.11.16; AZ, LT, 10.2.17; BZ, NZZ, SGT, 28.3.17; TA, 29.3.17
- 55) Medienmitteilung compenswiss vom 18.2.18; Medienmitteilung compenswiss vom 27.3.18; NZZ, TA, 28.3.18
- 56) Medienmitteilung compenswiss vom 14.2.19; Medienmitteilung compenswiss vom 15.4.19; AZ, CdT, TA, TG, 15.2.19; CdT, NZZ, TA, 16.4.19
- 57) OECD Wirtschaftsbericht Schweiz; Blick, NZZ, TA, 5.11.19
- 58) Medienmitteilung compenswiss vom 6.2.20; Medienmitteilung compenswiss vom 7.4.20
- 59) Website des Bundesamtes für Sozialversicherungen BSV; NZZ, 29.3.14
- 60) IV-Statistik 2014; Medienmitteilung BSV vom 01.05.15; AZ, 14.2., 11.4.15
- 61) Medienmitteilung Betriebsergebnisse Anlageergebnis 2015; Resultat Ausgleichsfonds 2015; AZ, 30.3.16
- 62) CHSS, 1998, S. 3.
- 63) Website des Bundesamtes für Sozialversicherungen BSV; TA, 1.10.14
- 64) EL-Statistik_2014_D_WEB.pdf; Sozialversicherungsstatistik 2014
- 65) Analyse der Kostentreiber in den Ergänzungsleistungen; LZ, SGT, 9.5.15
- 66) Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2016
- 67) Finanzperspektiven der EL bis 2032; Medienmitteilung BSV vom 17.9.21
- 68) AB NR, 1998, S. 2595ff.; AB NR, 1998, S. 2955; AB SR, 1998, S. 1201ff.; AB SR, 1998, S. 1201ff.; AB SR, 1998, S. 1385; AB SR, 1998, S. 1403; Äusserungen des BR: Amtl. Bull. NR, 1998, S. 754 f.; CHSS, 1998, S. 271-272.; TA, 24.8.98; Interpellation Vermot; Amtl. Bull. NR, 1998, S. 1583 ff.; TA, 17.2.98; TG, 30.5.98.
- 69) Lit. Bauer; Presse vom 25.2.04.
- 70) NZZ, 28.5.11.